DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

MIT DEMO-KALENDER ➔ Seite 6

Und wie blöd sind Sie so?
Die Kinderschändermaske fällt ➔ Seite 15

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 105. Samstag 17. September 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Markus Fiedler: **Tödliche Blutgerinnsel nach Gen-Spritze** ➔ Seite 3. Hermann Ploppa: **Insolvenzwelle rollt bereits** ➔ Seite 9



Deutschland sagt »Nein« zum Putschgesetz von Pharma- und Kriegslobby.

Der Aufbruch. Das Thema ➔ Seiten 4, 6 und 7

8. September 2022 in Berlin. Foto: Steve Schramm.
Foto o.l. Clement Loisel / DW / Hendrik Sodenkamp. Foto u.r. apolut.net. Herz: DW/Ute Feuerstacke. Gestaltung: A. Lenz

Politischer Gefangener

#Free Michael Ballweg!

Bürgerrechtler Michael Ballweg wurde mit Millionendemos zum Helden. Am 29. Juni wird er abgeholt und nach Stammheim gebracht. Zuletzt will nun die kriminelle Staatsanwaltschaft seine Fans vorladen. Die Inhaftierung ist fingiert. Kundgebung an der JVA Stammheim, 17.9. um 15 Uhr. Die Demokratiebewegung wächst ➔ Seite 6

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 105. Ausgabe einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

demokratischerwiderstand.de

Gesundes Lachen in kranken Zeiten

Preis der Republik geht an Sven Böttcher. | LAUDATIO von Leon Rieß



Sven Böttcher ist als Schriftsteller, Douglas-Adams-Übersetzer, Drehbuch- und Werbetexter im System. Auch mit seiner Krankheit MS ist er im System – bis er merkt: Hier stimmt etwas nicht.

Er widersetzt sich der korrupten Medizinmaschine, recherchiert, findet alternative Heilung, schreibt darüber und wird zum Kämpfer gegen ein Syndikat, das buchstäblich über Leichen geht. Spätestens jetzt ist der fundamental skeptische Geist geschärft: Die Strategien der Krankenindustrie finden sich überall, unterstützt von willfährigen Politikern und geschmierten Medien, vom alpinen Luftkurort aus orchestriert von Klaus und Bill.

Sven Böttcher schreibt und spricht darüber, ist Aufklärer im klassischen Sinne und zweifelt: Wollen die Leute das eigentlich wissen? Er macht trotzdem weiter. Enter Corona. Böttcher installiert gemeinsam mit Matthias Burchardt das Talkformat »B&B – Wir müssen reden«. Wöchentlich wird hier philosophiert, entlarvt, gehofft, verzweifelt und – gelacht. Erhellender Wortwitz für die Gegenwart, Vernunft und Pathos für die Zukunft. Vielleicht ist es genau diese Mischung, die wir alle dringend brauchen. Sie verdient eine Auszeichnung.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Sven Böttcher. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen.



Ja!
Republik, Gewaltenteilung, Demokratie

Hendrik Sodenkamp (l.) und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leser,

dies ist die 105. Ausgabe einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen in deutscher Sprache. Die einzige, die unabhängig ist von Großkonzernen, Parteien, Anzeigenkunden, Oligarchen und Pharma- wie Rüstungslobby.

Sie können uns dabei helfen durch Verteilung dieser Zeitung (→ demokratischerwiderstand.de/VERTEILEN) sowie durch Geldspenden an
- Sodenkamp + Lenz Verlag
- IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28.
- BIC QNTO DEB 2XXX.
  Zweck "freiwillige Spende"

Mit Dank und Gruß,

Lenz

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLIN'DEN DEMOKRATIK BIR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Aufmerksamkeit

EINWURF *von Werner Köhne*

Währungen sind heute nicht nur als Dollar, Euro oder Peso in Umlauf. Aufmerksamkeit erscheint inzwischen als wichtigere Währung als Geld. Sie erhebt gar den Anspruch auf Wahrheit.

Wahr ist demgemäß, was genügend Aufmerksamkeit erregt und deshalb als wertvoll wahrgenommen wird. Zusammen mit der Zeit, die ja als knappe Ressource ebenfalls eine Art Währung abgibt – »time is money« – bildet sich hier ein heißer Markt. Einen Mehrwert an Aufmerksamkeit erzielen bekanntlich Nachrichten, die schlecht sind. »Nur schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten«, lautet denn auch eine Losung der Medien, die uns so emotional an die Leine nehmen – womöglich, um uns zu *Junkies* einer machtvoll verordneten Dauerkrise zu machen.

Es geht hierbei um mehr als menschliche Befindlichkeiten. Neuere Entwicklungen streben auf eine merkwürdige Renaissance des Diskurses um Wahrheit und Aufmerksamkeit zu. Der *Plot* dazu lautet so: Wahr ist das, was als zeitlich betrachtet erste Behauptung in die Umlaufbahn der Öffentlichkeit gebracht und zur absoluten Wahrheit erklärt wird – und dann nur noch litaneienhaft wiederholt werden muss. Wie etwa geschehen beim Attentat auf den Papst vor 30 Jahren. (Der Autor Moitz Enders und ich haben dazu für *ARTE* einen einstündigen Film gemacht).

Die damals zuerst in die Öffentlichkeit gestreute Lüge war, dass die Russen mittels des bulgarischen Geheimdienstes die Initiatoren des Attentats waren. Die Behauptung hatte es leicht, sich gegen spätere Recherchen durchzusetzen, wonach nachweisbar Organisationen der Nato als tolerierende Mitwisser des Attentats agierten.

Noch unheimlicher mutet heute im Zusammenhang mit Corona das berühmte Diktum von Marshall Mc Luhan an: »Das Medium ist die Botschaft.« Stimmt diese These, die die Form zum Inhalt erhebt, überhaupt noch?

Die Medienkaste sorgte in den Corona-Jahren für einen extrem hohen Aufmerksamkeitspegel in der Bevölkerung – aber die »Botschaft« dahinter beinhaltete mehr. Man konstruierte mit einer alle Vorstellungen sprengenden Pandemie eine Wahrheit, um auf deren Basis eine neue Normalität zu etablieren. Dies war die Stunde der Manipulateure, Experten und Moralisten mit falschem Zungenschlag. Es war die Verheißung auf eine beunruhigende Zukunft.

TÖDLICHE BLUTGERINNSEL

Die mRNA-Geninjektionen stehen im Verdacht, gefährliche Blutgerinnsel im menschlichen Körper zu verursachen. | Von Markus Fiedler

Dr. Andreas Sönnichsen, ehemals Professor an der Medizinischen Universität Wien und dort Leiter der Abteilung für Allgemein- und Familienmedizin am Zentrum für Öffentliche Gesundheit, sieht bezüglich der aktuellen Impfpraxis mit den Corona-Gen-Impfstoffen in einem Interview mit Boris Reitschuster einen Verstoß gegen den Nürnberger Codex.

Laut Nürnberger Codex dürfen Patienten nicht zur Teilname an einem medizinischen Versuch gezwungen werden und man muss sie vollständig über den geplanten Eingriff aufklären.

Besonders die Aufklärung der Patienten über den experimentellen Charakter des medizinischen Eingriffs bei einer sogenannten Corona-Impfung und die vollständige Aufklärung über die möglichen Nebenwirkungen seien nicht gegeben. In welcher Anzahl diese Nebenwirkungen tatsächlich auftreten, ist erschreckend. Man muss sich nur die Mühe machen, die entsprechenden Statistiken auszuwerten.

RISIKO-NUTZEN-BEWERTUNG NEGATIV!

Die Vorabveröffentlichung der Studie »Covid-19 Vaccine Boosters for Young Adults: A Risk-Benefit Assessment and Five Ethical Arguments against Mandates at Universities«, veröffentlicht auf der Seite *SSRN* vom renommierten Elsevier-Verlag, kommt nach einer solchen Auswertung zu einer vernichtenden Risiko-Nutzen-Bewertung der Covid-Impfstoffe.

In Bezug zu jungen Erwachsenen fassen die neun Autoren um Kevin Bardosh folgendes zusammen: »Wir schätzen, dass 22.000 bis 30.000 zuvor nicht infizierte Erwachsene im Alter von 18 bis 29 Jahren mit einem mRNA-Impfstoff aufgefrischt werden müssen, um einen Covid-19-Krankenhausaufenthalt zu verhindern. Pro Covid-19-Krankenhausaufenthalt, der bei zuvor nicht infizierten jungen Erwachsenen verhindert wird, rechnen wir mit 18 bis 98 schwerwiegenden unerwünschten Ereignissen, einschließlich 1,7 bis 3,0 mit der Auffrischungsimpfung in Zusammenhang stehende Myokarditis-Fälle bei Männern.« (Maschinelle Übersetzung)

Zusätzlich wird seitens der Autoren mit 1.373 bis 3.234 Fällen von Reaktogenität gerechnet. Reaktogenität bezeichnet die Anzahl der erwarteten Nebenwirkungen eines Impfstoffes, »insbesondere übermäßige immunologische Reaktionen und damit verbundene Anzeichen und Symptome, einschließlich Fieber und wundem Arm an der Injektionsstelle« (Maschinelle Übersetzung). Die Autoren beziehen sich in ihrer Studie auf offizielle Daten der US Gesundheitsbehörde CDC, also der US-amerikanischen Gesundheitsbehörde.

Auch in dieser Studie kommt man also zu einer negativen Nutzen-Risikobewertung in Bezug auf die Corona-Gen-Impfungen. Auf eine positive Wirkung sind mindestens 18 bis zu knapp 100 schwere Schädigungen zu erwarten. Von den zu erwartenden Impfreaktionen bei mindestens knapp 1.400 Probanden ganz abzusehen.

MEHR TOTE ALS GERETTETE

Das deckt sich mit Risiko-Nutzen-Berechnungen basierend auf den klinischen Zulassungsstudien von Pfizer, die Steve Kirsch angestellt hat und in einer Anhörung vorstellte. Er fasst zusammen, dass laut der Studie etwa 10.000 Menschen durch die Gen-Impfungen in einem Jahr das Leben gerettet wurde. Aus den VAERS-Datenbanken in den USA ergebe sich aber egal mit welcher Rechenmethode, dass mindestens 150.000 Menschen das Leben durch die Gen-Impfungen ihr Leben verloren haben.

Wir berichteten bereits über einen Bericht in *Expose-news.com*, der zum vernichtenden Urteil kommt, dass die sogenannten »Impfungen« eine Wirkung von minus 13.633 Prozent haben, bezogen auf die Todesfälle von Kindern nach Impfungen. Will heißen, dass Kinder nach der Gen-Spritze ein um 13.633 Prozent höheres Risiko haben, an Corona zu sterben als vor der Spritze. Dreizehntausend Prozent! Zusätzlich erhöht sich laut Artikel auf *Expose-news.com* das Sterberisiko der Kinder nach Gen-Impfung um 4.423 Prozent in Bezug auf beliebige andere Todesursachen.

Unter normalen Bedingungen müssten diese Corona-Gen-Präparate demnach sofort vom Markt genommen werden und diejenigen vor Gericht gestellt werden, die so einen Gentechnik-Giftmüll als angebliches Heilmittel verkaufen. Wir leben aber im postfaktischen Corona-Zeitalter, wo sich ein Gesundheitsminister ohne Aufschrei der Öffentlichkeit als Komiker präsentieren kann. Hier sind solch gehäufte Nebenwirkungen ganz normal.

BLUTGERINNSEL SO LANG WIE EIN BEIN

NTD-News, ein alternatives Medium, veröffentlichte eine Nachricht, die auf außergewöhnlich lange Blutgerinnsel hinwies. Dieses Phänomen sehen Einbalsamierer von Bestattungsunternehmen bei Leichnamen seit etwa 2020 beziehungsweise 2021. Diese Gerinnsel könnten so lang werden wie ein menschliches Bein und sind mit dem bloßen Auge sichtbar. Gerinnsel dieser Art seien inzwischen allgemein verbreitet und in 50 bis 70 Prozent aller Leichname zu finden verglichen mit fünf bis zehn Prozent vor der Pandemie.

Es sei noch nicht abschließend klar, ob diese Gerinnsel mit der Covid-Infektion oder mit den Impfstoffen oder etwas anderem zusammenhängen. Wobei einiges darauf hinweise, dass diese Gerinnsel einen Zusammenhang mit den Impfstoffen hätten. Richard Hirschman, Einbalsamierer aus Alabama, fand diese Gerinnsel bei seiner Arbeit an Toten seit etwa Mitte des Jahres 2021. Das ist etwa ein halbes Jahr nach dem Start der Covid-Gen-Impfungskampagne.

Auch der Pathologe Dr. Ryan N. Cole berichtet über solche außergewöhnlichen Blutgerinnsel. In einem Interview mit dem Arzt Steve Kirsch, zeigte Cole ein solches extrahiertes Blutgerinnsel in die Kamera (siehe Bild). Es ist verstörend zu sehen, in welcher Größe diese Blutgerinnsel auftreten können.





Fotos: Steve Kirsch (o.) und der Arzt Dr. Ryan Cole (u.) diskutieren in einem Interview über Blutgerinnsel nach Impfungen am 14. März 2022. Das im Reagenzglas zu sehende Blutgerinnsel wurde einer Leiche eines mit Covid-19-Genimpfung behandelten Patienten entnommen. Interview in voller Länge, siehe https://tinyurl.com/dw105-01

Wir erinnern uns: Bereits im Frühjahr 2021 wurde durch die Mediziner Prof. Dr. Sucharit Bhakdi und Dr. Wolfgang Wodarg eindringlich vor solchen Blutgerinnseln im Zusammenhang mit den Covid-Gen-Impfstoffen gewarnt.

URSACHEN DER GERINNSEL

Die Ärzte Wodarg und Bhakdi erklärten dabei die Entstehung dieser Gerinnsel folgendermaßen: Blutplättchen haben Rezeptoren an die Corona-*Spike*-Proteine andocken können. *Spike*-Proteine werden durch die Gen-Impfstoffe im Körper massenweise erzeugt. Wenn Blutplättchen und *Spike*-Proteine zusammenklumpen, entstehen Blutgerinnsel. Die Gefahr der Gerinnselbildung ist bei allen auf den Markt befindlichen genbasierten Corona-»Impfstoffen« gegeben.

Schöne neue Corona-Welt!

Dieser Text ist online auf demokratischerwiderstand.de/artikel/ und auf dem renommierten Journalistenportal apolut.net inklusive aller Fußnoten und Quellenangaben zu lesen.



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	2019	2020	2021	2022
Jan.	85.105	84.980	106.803	89.265
Feb.	81.009	80.030	82.191	82.624
Mär.	86.739	87.396	81.901	93.510
Apr.	77.410	83.830	81.877	85.930
Mai	75.669	75.835	80.876	81.418
Jun.	73.483	72.159	76.836	81.418
Jul.	76.926	73.795	76.704	85.055
Aug.	73.444	78.742	76.402	85.542
Sep.	71.022	74.243	77.931	
Okt.	77.006	79.781	85.080	
Nov.	78.378	85.989	93.915	
Dez.	83.329	108.792	103.171	
insgesamt	939.520	985.572	1.023.687	682.246

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

SPRITZ-STOP-AND-GO IN DEN ARKTISCHEN LÄNDERN

Kopenhagen/DW. In den arktischen Anrainerstaaten unterscheiden sich die Spritz-Strategien zunehmend. Dänemark hat nun damit begonnen, die als »Impfung« bezeichnete, hochgradig gefährliche mRNA-Spritze nur noch Menschen ab 50 Jahren zu empfehlen oder jenen Menschen unter 50, die im besonderen Maße dem Risiko einer Covid-Infektion ausgesetzt seien. Jüngere Menschen, so die Erklärung der »Danish Health Authority« (Behörde des dänischen Gesundheitsministeriums), seien vor einer schweren Covid-Infektion gefeit und wüssten durch die Erfahrung der letzten zwei Jahre, wie sie eine Infektion vorbeugen können. Im Nachbarland Kanada wird indes der Bevölkerung empfohlen, sich die Booster-Spritze nun schon quartalsweise alle 90 Tage in die Venen jagen zu lassen. Rückblickend ist dies äußerst bezeichnend: 2020 wurden Kritiker noch verspottet oder als Verschwörungstheoretiker abgetan, wenn sie davor warnten, dass die Injektion im Jahres-Turnus zur Pflicht (Stichwort Impf-Abo) werden würde. Diese Warnung wurde nun durch die Realität um das Vierfache übertroffen. (nir)

Neuer König, neue Regierungschefin

Neue Besen kehren gut, sagt man. Ob das allerdings auch auf die Runderneuerung im Vereinten Königreich zutrifft, darf bezweifelt werden. | KOMMENTAR von Hermann Ploppa

Es ist schon alles irgendwie monströs. In meinem ganzen Leben regierte in England immer nur Königin Elisabeth II. Jetzt ist sie mit 97 Jahren dann doch noch gestorben.

Nach beinahe 70 Jahren im Amt als Königin. Nur König Bhumibol Adulyadej von Thailand war noch länger auf dem Thron. Elisabeth regierte in Zeiten von Wohlstand und Frieden. Sie hat den Beatles Orden umgehängt. Von Chruschtschow bis Putin allen Großen dieser Welt die Hand gedrückt und mit ihnen zusammen Austern gelutscht. Mit der Queen geht eine goldene Ära zu Ende. Sie hat den Zeitpunkt zur Reinkarnation gut gewählt. Denn wir befinden uns bereits mitten im Dritten Weltkrieg. Ihr Sohnemann Charles ist mit 73 Jahren der älteste Nachwuchsmonarch aller Zeiten.

Charles III. ist übrigens ein vehementer Befürworter des *Great Reset* des World Economic Forum (WEF). Im ersten Video des WEF nach Deklaration von Corona wird er von Opa Klaus Schwab als erster zu einem *Statement* geladen. Vielleicht glaubt Charles ja wirklich, dass er etwas Gutes tut, wenn er sich für das *Greenwashing* der Globalkonzerne als Galionsfigur hergibt.

Und dann wurde auch noch Boris Johnson, der Mann ohne Haarkamm, in die Wüste gejagt. Als Premierminister war er offenkundig noch nicht irre und kriegsgeil genug. Dabei galt er bei seinem Amtsantritt eigentlich schon als Extremist. Vielleicht war sein Fehler, dass er das Corona-Theater in Großbritannien schon sehr früh abgepfiffen hat.

Es kann ja kein Mensch so einfältig sein zu glauben, dass Johnson wegen seines Besuchs einer *After-Work*-Party im Garten seines Amtssitzes Downing Street 10 gestürzt wurde. Vielleicht erfahren wir mal irgendwann den tatsächlichen Grund, warum Boris Johnson bei den Mächtigen dieser Welt in Ungnade gefallen ist.

DIE BOTEN DER APOKALYPSE

Seine Nachfolgerin heißt Liz Truss. Nicht Tuss. Eine gespenstische Existenz. Anlässlich der Trauerfeierlichkeiten und der Inthronisation von Charles wirkte sie selbst auf ihre Landsleute wie eine Untote. Ihr Blick ist seltsam leer. Wie ferngesteuert. Die Frau ist wirklich irre. Nicht nur, dass sie als Anhängerin des marktradikalen Predigers Friedrich von Hayek die Zerstörung des britischen Gemeinwesens auf eine völlig neue Stufe stellen will. Nein, dieses Individuum hat erklärt, dass sie im Krieg gegen Russland auch tatsächlich entschlossen ist, die Atombombe zu zünden.

Auf Nachfrage, ob sie bereit sei, mit dem Druck auf den Roten Knopf die Auslöschung allen irdischen Lebens auszulösen, sagte dieses Subjekt einfach: »Ja, das mache ich.« *God save the World!*



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

BUNDESTAG MIT NEUEM »ERMÄCHTIGUNGSGESETZ«

Draußen das Volk, drinnen die »Coronato«-Marionetten.
Die Repräsentation stürzt die Bundesrepublik in den finalen Abgrund.
BERICHT und KOMMENTAR von Anselm Lenz



Diana Stocker (CDU) präsentiert ihren Staffelstab. Die Debatte über das »Infektionsschutzgesetz« war ***keine.*** *Foto: DW-Screenshot von bundestag.de*

Es ist nur noch die journalistische Chronistenpflicht, die mich vom 8. September 2022 berichten lässt. Das Regime will offenbar apokalyptische Zustände.

»An welchem Punkt stehen wir?« fragte rhetorisch der Co-Herausgeber dieser Zeitung, Professor Giorgio Agamben, mit seinem Buchtitel bereits vor zwei Jahren (Verlag Turia und Kant, Wien 2020). Die Antwort darauf lautet heute wohl ohne Übertreibung: Am Abgrund und noch einen Schritt weiter. Am 8. September, kurz nach Redaktionsschluss von #DW104, beschloss der deutsche Bundestag – formal unsere Repräsentation – gegen jede Evidenz und den Willen des versammelten Volkes (Bericht Seite 7) das nächste »Infektionsschutzgesetz«. Die InfSGs weisen verfassungsschutzrelevante Ähnlichkeit mit der Putschverordnung »zum Schutz von Volk und Staat« vom 28. Februar 1933 sowie dem Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 auf, wie Staatsrechtler unter anderem in dieser Zeitung und an anderen Orten testierten.

Die Corona-Lüge überlagert seit drei Jahren nachweislich geplantermaßen den De-Facto-Bankrott der US-Oligarchie. Und das »Protektorat BRD« muss dran glauben. Mit dem Ergebnis von 386 Ja-Stimmen, 313 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen soll es ab 1. Oktober 2022 in der BRD wieder die »Maßnahmen« geben. Dies während Dänemark, Polen, Tschechien, Frankreich, Russland, Neuseeland, die meisten US-Staaten und viele andere Länder der Erde das »Coronato-Regime« aufgegeben haben – oder, wie die Mehrzahl der Länder der Erde, es nie oder nur pro forma implementierten. Es wird eine Fluchtwelle aus der BRD erwartet, insbesondere in Richtung Schwedens, Polens und Russlands. Zudem: Die Bürgerkriegsgefahr in der BRD steigt.

Aber hören wir mal hinein in unser Nato-Parlament: Wie fast alle Abgeordneten schwadroniert die Abgeordnete Maria Klein-Schmeink (sic!) von »Wellen«, »Omikron« und den tollen Leistungen der Repräsentation. Man müsse damit rechnen, dass »es zu großen Wellen kommt«, so die Repräsentantin im Bomberjacken-*Look*. Janosch Dahmen (ebenfalls Bündnisgrüne) will »mit Vollgas eine Impfkampagne« mit »neuen Impfstoffen« »in den letzten Wochen vor dem Herbst vorantreiben«. »Die Pandemie ist nicht vorbei«, wiederholt auch Dahmen. Er will eine »gezielte regionale Steuerung« des Lügenprogramms. Simone Borchardt (CDU) fordert »Datenerfassung« und »Impfregister«. Justizminister Marco Buschmann (FDP) rekurriert auf Artikel 28 des Grundgesetzes, was als Drohung an die Länderparlamente zu verstehen, das Terrorprogramm durchzusetzen.

Der Abgeordnete Martin Sichert (AfD) weist darauf hin, dass die Abgeordneten im Bundestag und in Flugzeugen wie Bahnen selbst keine Kinderschändermasken tragen (DW berichtete). Als einzige Abgeordnete spricht Carolin Bachmann die vielen Hunderttausenden durch die Injektionen Geschädigten und Getöteten in der BRD an. Der Abgeordnete Jürgen Braun beschreibt den Überfall auf den Demokraten Dr. med. Paul Brandenburg durch eine Terroreinheit der Berliner Polizeibehörde unter Barbara Slowik. Der Abgeordnete Martin Reichardt verweist auf seine Karriere als Bundeswehroffizier und den Unmut unter den Soldaten. Die Reden der AfD enden alle mit dem Satz: »Geben Sie den Menschen ihre Freiheit und ihre Selbstbestimmung zurück!«

Die Abgeordnete Diana Stöcker (CDU) zeigt bei ihrer Rede unverständlichen Inhalts einen pinken Staffelstab vor. Alice Weidel (AfD) wird später eine Generalabrechung mit dem Regime vortragen. Für Aufsehen, das bis in diese Woche anhält, sorgt auch die Rede Sahra Wagenknechts (Partei Die Linke). Die Abgeordnete und Buchautorin mit Aussichten auf das Bundeskanzleramt macht bei der auf die Corona-Abstimmung folgenden Haushaltsdebatte im Bundestag klar, dass die Teuerung das »Ergebnis von Politik« sei, zum Beispiel mit dem »Wirtschaftskrieg gegen Russland«. Sie konstatiert »Rückgratlosigkeit« von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnisgrüne) gegenüber den »Krisenprofiteuren«. Die BRD stehe vor »einer sozialen und wirtschaftlichen Katastrophe« und habe »die dümmste Regierung Europas«. Unter den Funktionären ihrer eigenen Oppositionsfraktion steht Wagenknecht damit fast alleine da, obwohl Parteibasis und »Linke« anderer Länder von Italien bis Bolivien gegen die Genozidspritze und Nato-Expansion eintreten.

Ich habecke jetzt!

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann



Schamloses Framing des Mainstreams: Wer nicht brav mitmacht, wird in die »rechte« Ecke gestellt.
Foto: Sandra Doornbos

Aufrichtige und normale Menschen haben es in diesen Zeiten besonders schwer. Der Einsatz für Aufklärung, für die Wahrheit kostet viel Kraft. Jeder von uns hat bisher bereits Entbehrungen erlitten.

Die Erkenntnis, dass wir von unseren Regierungen bewusst mit selbsterzeugten Krisen in die Armut und Abhängigkeit getrieben werden, ist bei vielen Menschen noch immer nicht angekommen. Aber es brodelt gewaltig im Kochtopf der Regierungserzählung. Immer mehr Menschen spüren in der selbstgemachten Energiekrise, dass die Sanktionen gegen Russland nicht Putin schaden, sondern uns. Und ich sage es Ihnen ganz offen: Mir reicht's.

Derzeit erleben wir ein Aufblühen des Demonstrationsgeschehens in ganz Deutschland. Vor allem der Osten ist sehr aktiv, in jeder kleinen Stadt treibt es Hunderte bis Tausende bei den Montagsspaziergängen regelmäßig wieder auf die Straßen. Die Forderungen umfassen Selbstbestimmung, Freiheit, Frieden und Wohlstand, getrieben von Themen rund um die Corona- und Energie-Krise.

Letztere stellt gerade die Plandemie in den Schatten. Es dämmert einigen, dass hier was nicht stimmt. Wer noch bei Corona schlief, wacht jetzt grässlich auf. Zurecht fordern die Demokraten auf den Straßen Nord Stream 2 solle endlich geöffnet werden, Sanktionen und Waffenlieferungen mögen enden. Da viele Menschen derzeit ihre neuen Abschlagszahlungen für Gas und Strom erhalten, werden sich die Straßen weiter von ganz allein füllen.

WIR BOYKOTTIEREN NICHT, WIR ZAHLEN NUR WENIGER

Doch was wird passieren? Selbst wenn sich überall Menschenmassen auf Demonstrationen drängen: Wird diese Regierung sich davon beeindrucken lassen? Werden die Zerstörer der deutschen Wirtschaft – Scholz, Habeck, Baerbock, Klabauterbach und Co. – einfach so alles hinwerfen? Ich habe keine Glaskugel hier, aber mein Bauchgefühl sagt, dass das erstmal nicht passieren wird. Wir brauchen also Durchhaltevermögen. Während wir also weiterhin den Druck auf den Straßen erhöhen, flattern dennoch hohe Kosten jedem einzelnen ins Haus.

Was passiert, wenn viele Menschen ihre Nebenkosten einfach nicht mehr bezahlen können? Was passiert, wenn wir uns zusammenschließen, und im großen Stil dagegenhalten? Verstehen Sie mich nicht falsch. Ich würde niemals dazu aufrufen, Gas- und Stromrechnungen zu boykottieren – ich könnte mir halt vorstellen, einfach weniger zu bezahlen. Wissen Sie, ich habe viel dazu gelernt. Besonders von unserem Märchenonkel und Wirtschaftsminister Robert Habeck. Mein Entschluss: Ich habecke jetzt. Und wissen Sie, wer das schon längst macht? Unsere Freunde aus Großbritannien. Was, wenn wir es den Briten nachmachen?

ZAHLEN SIE NOCH ODER HABECKEN SIE SCHON?

Laut Medienberichten ruft eine neue Initiative Menschen in Großbritannien dazu auf, wegen der hohen Preise ihre Energierechnungen nicht zu bezahlen. »*Don't pay, UK*« (»Zahle nicht, Großbritannien«) lautet das Motto der Kampagne. Die Initiatoren prangern damit die explodierenden Lebenshaltungskosten an, wollen die Energie-Konzerne in die Knie zwingen, die Krise beenden. Dass die britische Regierung »*not amused*« (»nicht begeistert«) ist, erklärt sich von selbst. Falls Sie, werte Leser, Interesse daran haben, genauso wie ich, ab jetzt zu »habecken«, dann lassen Sie es uns gemeinsam tun. Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.



Der tätliche Angriff

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

In dieser Woche stand wieder einmal ein Verfahren wegen des vermeintlichen tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte auf dem Programm. Wie so häufig war der Hintergrund die Beschlagnahme eines Mobiltelefons auf einer Demonstration.

Derartige Fälle sind mir ja bestens bekannt und bedeuten stets viele Zeugen und eine extrem schwierige Beweislage. Denn in aller Regel schenken Gerichte den Polizeibeamten ihren gesegneten Glauben, was die Entlastungsmöglichkeiten nahezu uneingeschränkt zunichte machen.

Schön ist der Begriff der objektiven Bedingung der Strafbarkeit der § 113, 114 StGB. Denn nur wenn die polizeiliche Maßnahme den (formellen) Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen genügt, macht man sich im Falle einer Widerstandshandlung oder gar eines tätlichen Angriffs überhaupt strafbar.

Voraussetzung ist zum Beispiel, dass gegen die Person, gegen die eine Maßnahme eingeleitet wird, überhaupt der Verdacht einer Straftat, mindestens aber einer Ordnungswidrigkeit, gegeben ist. Und auch eine Belehrung diesbezüglich und Androhungen von Zwangsmaßnahmen sind in der Regel für rechtmäßiges Handeln der Vollstreckungsbeamten erforderlich.

In Bochum kam es zu einer Situation, die man getrost als »Klassiker« bezeichnen kann: Der Mandant filmt einen Einsatz am Rande einer Demonstration mit dem Handy, welches sodann (mit körperlicher Gewalt) durch die Beamten beschlagnahmt wird. Und weg ist das »Leben«! Grund der Beschlagnahme war ein Anfangsverdacht wegen des Verstoßes gegen § 201 StGB, der mit der Vertraulichkeit des gesprochenen Wortes. Das die Beamten ihre Maßnahme auf einer öffentlichen Straße am Rande einer Demonstration abhielten, führte vor dem AG Bochum erstaunlicherweise nicht zu der Annahme, dass die Beamten sich ganz offensichtlich in der Öffentlichkeit befunden hatten. Deswegen bejahte das Gericht den Anfangsverdacht und verurteilte den Mandanten.

Allerdings: Was das Gericht genau für Gründe hatte, die zur Verurteilung führten, vermochte niemand im Gerichtssaal nach der mündlichen Begründung sagen können. Der Richter ließ die rechtliche Begründung einfach mal weg. Ein Novum in meinen fast 20 Berufsjahren als Rechtsanwalt.

Dirk Sattelmaier ist Rechtsanwalt und Journalist.

EIN POLITISCHER PROZESS?

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Seit dem 30. Juni sitzt der Initiator der Querdenken-Proteste Michael Ballweg in Haft. Anfang dieser Woche hat sein Anwaltsteam eine Haftbeschwerde eingereicht.

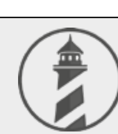
Zum Redaktionsschluss war nicht bekannt, ob dieser Beschwerde vom Amtsgericht Stuttgart abgeholfen wurde, zu erwarten ist es, jedenfalls beim Amtsgericht, nicht. Richter revidieren nur selten ihre eigenen (Fehl-) Entscheidungen, weshalb die Chancen bei der nächsten Instanz, dem Landgericht Stuttgart, besser stehen.

Unabhängig davon stellt sich immer mehr die Frage, ob und inwieweit es sich beim Fall Michael Ballweg um einen politischen Prozess handelt und was die Staatsanwaltschaft wirklich gegen ihn in der Hand hat. Bekanntermaßen wirft sie ihm vor, Schenkungen / »Spenden« zweckwidrig verwendet zu haben. Ob dem so ist, ist noch unklar. Juristische Details hierzu würden den Umfang dieser Kolumne sprengen.

Seit dem 6. September verschickt das Polizeipräsidium Stuttgart Zeugenanhörungsbogen an zumindest einen Teil derer, die Michael Ballweg finanziell unterstützt haben. Der Anhörungsbogen hat mich dazu veranlasst, eine Strafanzeige gegen die Verantwortlichen des Polizeipräsidiums sowie der Staatsanwaltschaft Stuttgart einzureichen, da in dem Schreiben diverse Privatgeheimnisse von Michael Ballweg einer großen Öffentlichkeit preisgegeben wurden, was nach § 203 (2) StGB strafbar sein dürfte. Die Details von Ballwegs Privatleben sind für die Ermittlungen nicht von Belang und die Fragen so suggestiv gestellt, dass davon ausgegangen werden muss, dass etwaige Aussagen vor Gericht nicht verwertbar sein dürften. Ich kann mich dem Eindruck nicht verwehren, dass hier »Stimmung« gemacht werden soll.

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart steht – nicht nur nach eigener Aussage – am Anfang der Ermittlungen. Trotzdem sitzt Michael Ballweg seit zweieinhalb Monaten in Untersuchungshaft. Für eine U-Haft benötigt man nach § 112 (1) StGB einen dringenden Tatverdacht. Ein Hausverkauf nach einer Trennung und ein Urlaub in Costa Rica reichen dafür jedenfalls dann nicht aus, wenn Ballweg nichts von den Ermittlungen gegen ihn wusste, wovon auszugehen ist. Es ist nichts dafür ersichtlich, dass er sich einem Verfahren entziehen wollte.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
BADEN-BADEN: Donnerstag ab 12 • SWR Studio • Ernst-Becker-Str. 1
BALINGEN: Donnerstag 11.30 • Schwarzwälder Bote • Herrenmühlenstr. 4
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BOCHOLT: Samstag ab 12 • Temming NewMedia • Europaplatz 24-28
BONN: Donnerstag 16.15 • WDR Phoenix • Langer Grabenweg 45-47
CHEMNITZ: Montag 16.30 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
DORNBIRN (A): Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
ERFURT: Donnerstag ab 16 • MDR Studio • Gothastr. 36
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
FREIBURG: Donnerstag ab 16 • SWR Studio • Kartäuserstr.
FULDA: Donnerstag ab 14 • HR Studio • Rabanusstr. 14-16
HAMBURG: Donnerstag ab 12 • DER SPIEGEL • Ericusspitze 1
KEMPTEN: Donnerstag 17.40 • BR Rundfunk • Siegmund Ullmann Platz
KIEL: Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KÖLN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LANDAU: Donnerstag ab 16 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12
LANDSHUT: Donnerstag ab 18 • BR Studio • Altstadt 74
LÜBECK: Montag ab 18 • NDR Media Docks • Willy-Brandt-Allee 31d
MAINZ: Donnerstag 15.30 • ZDF Studio • ZDF-Str. 1
MÜNCHEN: Mittwoch ab 14 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
MÜNCHEN: Donnerstag ab 18 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
NÜRNBERG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Wallensteinstr.
OSNABRÜCK: Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Marktplatz
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
PRIEN: Montag ab 19 • OVB Heimatzeitung • Geigelsteinstr. 7
SAARBRÜCKEN: Mittwoch ab 17 • SR Saarland • St. Johanner Markt
SIEGEN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Am Bahnhof 9
WOLFSBURG: Montag ab 17 • Wolfsburger AZ • Porschestr. 74
WÜRZBURG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Bahnhofsplatz 2

IMMER MONTAGS!

ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus –ALTWARMBÜCHEN, 18 Uhr, am Rathaus –ANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Marktplatz – ARNIS, 18 Uhr, Schifferkirche – ATTENDORN, 18 Uhr, am Rathaus – BAD LANGENSALZA, 19 Uhr, vor dem Teeladen – BERLIN- KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BERLIN-PANKOW, 17.45 Uhr, Alte Pfarrkirche – BIBESHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – BÜRGEL, 18 Uhr, am Schützenhaus DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus– EINBECK, 18 Uhr, am Till Eulenspiegel Brunnen – ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus – FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus – FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus – GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas – HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – HOFGEISMAR, 18 Uhr, am Rathhaus – LANGENSELBOLD, 18.30 Uhr, am Marktplatz – LIPPSTADT, 18 Uhr, am Rathausplatz – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – OESTRICH-WINKEL, 18 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – PFEDELBACH, 18 Uhr, am Rathaus – PLÜDERHA SEN, 18 Uhr, am Marktplatz – RÖBEL, 18 Uhr, am Rathaus – SELIGENSTADT, 18.30 Uhr, am Kapellenplatz.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 17.9.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 17.9.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 17.9.2022 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 17.9.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 17.9.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Konzerthaus	Fahrradkorso
Sa, 17.9.2022 14-17 Uhr	Fulda, Am Bahnhof	Demo
Sa, 17.9.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 17.9.2022 14-18 Uhr	Hannover, Ritter-Brüning-Straße, neben Hochschule	Autokorso
Sa, 17.9.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 17.9.2022 15-22 Uhr	Köln, Rudolfplatz	Kundgebung und Aufzug
Sa, 17.9.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
So, 18.9.2022 14-17 Uhr	Baden-Baden, Augustaplatz 1	Kundgebung und Umzug
So, 18.9.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 18.9.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 19.9.2022 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-21 Uhr	Bad Meinbach, Brunnnentempel	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Breite Str. 37	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 19.9.2022 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 19.9.2022 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Am Römer	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 19.9.2022 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 19.9.2022 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus -Terr asse	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 5.9.2022 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 19.9.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 19.9.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 19.9.2022 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 19.9.2022 18-21 Uhr	Stralsund, Bürgergarten	Bürgerstammtisch
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.9.2022 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 19.9.2022 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 19.9.2022 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 20.9.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und der Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 20.9.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 20.9.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 20.9.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 20.9.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 21.9.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 21.9.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 21.9.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 21.9.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 21.9.2022 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 21.9.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 21.9.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 21.9.2022 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 22.9.2022 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 22.9.2022 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 22.9.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 22.9.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 22.9.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 22.9.2022 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 22.9.2022 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 23.9.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 24.9.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 24.9.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 24.9.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 24.9.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 24.9.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 24.9.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 24.9.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 24.9.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 24.9.2022 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 24.9.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 24.9.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
So, 2.10.2022 10-18 Uhr	Bodensee, im Osten des Friedensee	FRIEDENSKETTE

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



WER IST JOURNALIST?

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

In den letzten zweieinhalb Jahren sind immer wieder Vertreter der freien Presse Adressaten von polizeilichen Maßnahmen geworden. Diese Maßnahmen reichten bis hin zur Vollstreckung von Durchsuchungsbeschlüssen.

In einem Sachverhalt ging es nach den uns vorliegenden Informationen um die vermeintliche Herstellung und Fälschung von Presseausweisen der eigenen journalistischen Vereinigung. Wir wollen diese Thematik etwas genauer beleuchten. Artikel 5 Abs. 1 GG lautet wie folgt: »Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.«

Das Pressegesetz für das Land NRW führt in § 1 aus: »(1) Die Presse ist frei. Sie ist der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verpflichtet. (2) Die Freiheit der Presse unterliegt nur den Beschränkungen, die durch das Grundgesetz unmittelbar und in seinem Rahmen durch dieses Gesetz zugelassen sind. (3) Sondermaßnahmen jeder Art, die die Pressefreiheit beeinträchtigen, sind verboten. (4) Berufsorganisationen der Presse mit Zwangsmitgliedschaft und eine mit hoheitlicher Gewalt ausgestattete Standesgerichtsbarkeit der Presse sind unzulässig.«

Unter anderem Zwangsmitgliedschaften in Berufsorganisationen sind nicht vorgesehen und streng genommen existieren keine offiziellen Pressausweise. Dennoch geben sechs Verbände seit 2018 wieder einen bundeseinheitlichen Presseausweis heraus. Einer davon ist der Deutsche Journalisten-Verband (DJV).

Nur diese Presseausweise sind auf der Rückseite vom Vorsitzenden der Innenministerkonferenz unterschrieben. Unter anderem steht außerdem auf der Rückseite: »Dieser Pressausweis soll der/die Ausweisinhaber(in) in der Wahrnehmung seines/ihres Auskunftsrechts gegenüber Behörden unterstützen. Der Presseausweis erleichtert den Behörden die Überprüfung, wer als Vertreter(in) der Presse tätig ist.«

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: *echte-polizisten.de* und über das Projekt *Leuchtturm ARD – ORF – SRG: leuchtturmard.de.*

TITELTHEMA | »NEIN« UND WIE ES WEITERGEHEN KANN

Ein KOMMENTAR ***von Dori Lee***

Es ist im Grunde genommen ganz einfach. Es braucht nur ein Wort und einen Satz: »NEIN! Ich – mache – da – nicht – mit.«

Wenn wir diese zwei Dinge nicht nur sagen, sondern auch uns jederzeit und zugleich daran halten, dann können diese Faschisten da oben machen, was sie wollen.

Sie werden keine Chance mehr haben. Es wird aber nicht enden, wenn wir es nicht beenden. Nur wenn wir alle geschlossen den Mut aufbringen, die Angst und die Panik wegpacken, und sagen, »wir machen da nicht mehr mit« und auch so handeln, wird das etwas bewirken.

Wenn aber wieder nach der Demonstration so viele heimlich und schnell wieder die Maske aufsetzen – vermeintlich unbeobachtet –, sich doch den Test in die Nase rammen, um »arbeiten zu dürfen«, dann kriegen wir nichts geändert. Ich meine: Wir hier alle wissen genau Bescheid, was abgeht. Somit ist es unser aller Pflicht, dieses Wissen nicht nur zu haben, sondern auch anzuwenden. Ja zum Leben, ja zur Selbstbestimmung, ja zum Frieden! Des Weiteren sind die dezentralen »Hygienespaziergänge« seit 28. März 2020 und die Tausenden Montagsspaziergänge wichtig, um euch für gegenseitige Hilfe und gemeinsame Organisation zu »vernetzen«. Sowohl für den politischen Widerstand als auch für gute Nachbarschaft, bei der wir uns konkret und tatkräftig aushelfen. Denn Politik und Konzerne wollen uns in bitterste Krisen stürzen.



»Die Fähigkeit, das Wort Nein auszusprechen, ist der erste Schritt zur Freiheit.« – Nicolas Chamfort, Schriftsteller. Foto:Hannes Henkelmann

Geht auf jeden Fall in euerm Bezirk spazieren. Ist kein Treffpunkt und keine Uhrzeit da, dann macht einen! Und macht den bekannt! Keine Scheu, keine falsche Bescheidenheit: Teilt e uern Termin dieser Zeitung mit, sofern der Termin voll öffentlich ist und Zulauf haben soll (veranstaltung@demokratischerwiderstand.de). Teilt ihn aber auch informell, mündlich und durch massenhafte lokale Aushänge mit!

Spazieren und Sport können niemals Verbrechen sein, sie stärken das Immunsystem (vergleiche unter anderem DW-Interview mit Peter Hahne in #DW102). Das wird von jedem Arzt seit jeher empfohlen. Und Spaziergänge müssen auch nicht bei der Polizei angemeldet werden, das wäre ja wirklich völliger Quatsch, wie auch Hunderte Anwälte fachlich versichert haben.

Dori Lee ist ausgebildete Kosmetikerin, Demokratin und Leiterin des DW-Aktionsbüros. Termine siehe Seite 6 sowie NichtOhneUns.de

MELDUNG

SCHIKANE GEGEN FAMILIENRICHTER

Weimar/DW. Laut dem Bericht des Juristen und Bürgerrechtsaktivisten Christian Dahlmann hat das Landgericht Erfurt nun die Anklage gegen den Familienrichter Christian Dettmar am Amtsgericht Weimar zugelassen und das Hauptverfahren eröffnet. Der Familienrichter hatte im April 2021 die Maskenpflicht für alle Schüler an zwei Schulen in Weimar aufgehoben. Der Tatvorwurf lautet auf Rechtsbeugung. Die Staatsanwaltschaft ließ zwei Mal die Räumlichkeiten des Familienrichters sowie seine Wohnung durchsuchen. Zusätzlich wurde auch das Mobiltelefon beschlagnahmt. Der Vorwurf der Rechtsbeugung sei laut Dahlmann mehr als strittig. Die Rechtsbeugung liege nur dann vor, wenn ein Richter gegen zwingende Rechtsvorschriften verstößt und einen klaren Gesetzeswortlaut eindeutig ignoriert. Zudem müsse auch ein Vorsatz bestehen. Das könne man im vorliegenden Fall aufgrund der sorgfältigen Begründung des Beschlusses aber nicht mal im Ansatz sagen. Der Familienrichter hatte sogar drei Sachverständige gehört. (ber)

DIE LETZTEN DEMOKRATEN

Zur Protestkundgebung vor dem Reichstag gegen das neue Infektionsschutzgesetz stießen auch Bundestagsabgeordnete der AfD – ein Novum für die Demokratiebewegung und eine Ohrfeige für die Partei Die Linke.

BERICHT von Sophia-Maria Antonulas

Starkregen hatte den Platz der Republik, auf dem der Deutsche Bundestag Haus Nummer 1 ist, in einen Sumpf verwandelt – als stünde die gesamte Fläche für den Wassergraben zur Verfügung, der in Zukunft die Bürger vom Reichstag fernhalten soll.

Doch die Menschen, die auch am Donnerstag, dem 8. September 2022, gegen das neue Infektionsschutzgesetz und für ihre Grund- und Menschenrechte aufstanden, ließen sich von den Wassermassen nicht unterkriegen. Und sie bekamen sogar Zulauf aus dem trockenen Innern des Gebäudes. Nachdem sie gegen das neue Infektionsschutzgesetz gestimmt hatten, kamen mehr als 30 Abgeordnete der AfD gemeinsam aus dem Reichstag heraus und gesellten sich zu den Protestierenden.

Das stellt ein Novum für die Opposition auf der Straße und diesen Teil der parlamentarischen Opposition dar. Denn die Demokratiebewegung äußerte immer Bedenken gegen eine sichtbare Teilnahme der AfD. »Das ist wieder ein Fressen für die *Mainstream*-Medien, um die Proteste weiter in die rechte Schiene zu schieben«, drückte eine Teilnehmerin die Befürchtung einiger aus. Andere Demonstranten wiederum fanden, dass ja auch die Partei Die Basis bei vielen Protestveranstaltungen vertreten sei und dies deshalb auch der Partei Alternative für Deutschland zustehe.

»HÄTTE ICH MIR VOR DREI JAHREN NIE TRÄUMEN LASSEN«

Von der Menschenmenge vor dem Reichstag wurden die AfD-Abgeordneten jedenfalls offen und mit Wohlwollen empfangen. »Ich finde es eine äußerst positive Geste, zumal sie sich auch unseren Fragen stellen«, erklärte ein Demonstrant, „ich halte es inzwischen so wie einer der Redner hier auf der Bühne, der ebenfalls die Programme der Parteien gelesen hat und meinte, dass er zu 70 bis 80 Prozent mit den Inhalten der AfD einverstanden ist. Das hätte ich mir vor drei Jahren nie träumen lassen, dass ich das so sehe. Aber nicht mit jemanden zu reden, ist die Methode der anderen Seite.« Eine andere Demonstrantin merkte gegenüber DW an: »Wenn Parlamentarier gegen ein Scheißgesetz stimmen und danach sich einer guten Demo gerade gegen dieses Machwerk anschließen, finde ich das super.«

Und ein weiterer Demonstrant ergänzte: »Ich halte das Parlament nur noch für eine täuschende Fassade. Dahinter verbirgt sich ein zutiefst undemokratischer Machtapparat, der letztlich von großen Konzernen, der EU-Kommission und der Nato gesteuert wird. Ich freue mich über jeden einzelnen aufgewachten Mitbürger – ob er der AfD angehört oder diese Partei nicht so mag, spielt für mich eigentlich keine Rolle.«



Demokratie in Druckform: Demokratinnen halten am 9. September 2022 in Berlin Grundgesetz und den Demokratischen Widerstand in den Händen und in die Höhe. Foto: Steve Schramm

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré stand mitten unter den kritischen Bürgern. »Mir geht es um Freiheitsrechte«, sagte der Parlamentarier, »seit einem Dreivierteljahr bin ich jeden Montag auf der Straße, und bei der Demo mit den Wasserwerfern, am 18. November 2020, war ich auch dabei. Weil mir klar war, was hier läuft. Das Lahmlegen der Gesellschaft und der Wirtschaft passen nicht in eine freie Welt.« Er erklärte, dass die AfD dagegen Sturm laufe, die Leute zu etwas zu zwingen.

Die Idee, eine große Gruppe von Parlamentariern zu Demonstrationen zu bringen, um so einen Dialog zwischen der Opposition im Parlament und der Opposition auf der Straße in Gang zu bringen, stammt vom Berliner Unternehmer Matthias Pawlik. Er ist selbst im Vorstand des AfD-Bezirksverbands Steglitz-Zehlendorf und hatte monatelang Gespräche mit Bundestagsabgeordneten, die er auf Demonstrationen antraf, und mit Menschen aus der Demokratiebewegung geführt, »damit sie ihre Gemeinsamkeiten erkennen«. Vor dem Reichstag wurde schließlich das Abstimmungsergebnis über die Lautsprecher verkündet: Das neue Infektionsschutzgesetz wurde mit den Stimmen der SPD, FDP und der Grünen angenommen. Von den Parlamentsparteien, die dagegen stimmten, hat mit dieser Aktion die AfD als einzige bewiesen, dass sie lieber kritischen Bürgern beistehen, anstatt einen tiefen Graben zu bauen.

»Das vergesse ich nicht, das vergebe ich nicht«

oder: Über schwere systemische und nichtsystemische Schäden. | Von Hannes Henkelmann

In Melle treffe ich Frau Grolmann. Wir sprechen über zehn Geschwister, Pflegestufe fünf und eine Beerdigung bei vier Grad minus.



Keine Kompromisse mehr: Sandra will kämpfen, bis der Wahnsinn ein Ende findet.
Foto: Hannes Henkelmann

Stellen Sie sich doch bitte vor!
Mein Name ist Sandra Grolmann, ich bin 45 Jahre alt, verheiratet und Mutter von zwei Kindern. Ich bin ausgebildete Yoga-Lehrerin und war bis zu einem Sportunfall selbstständig. Meine Kreuzbandoperation misslang, so dass ich jetzt schwerbehindert und verrentet bin. Rückhalt erfahre ich aber bei meiner Familie, ich habe nämlich sage und schreibe zehn Geschwister.

Sie haben vor kurzem auf einer Kundgebung zum ersten Mal eine Rede gehalten und erzählt, dass Sie vor einem Jahr »aufgewacht« und seitdem im Widerstand seien. Wie kam es dazu?
Es fing mit dem Tod meiner Mutter an. Sie lag lange mit Pflegestufe fünf im Altenheim. Das heißt unter anderem, dass ihr das Essen angereicht werden musste. Während des *Lockdowns* gab es dann ein Besuchsverbot, das auch nicht aufgehoben wurde, als meine Mutter im Sterben lag. Und so war es mir und meinen Geschwistern nicht gestattet, uns von ihr zu verabschieden. Das werde ich nicht vergessen, das werde ich nicht vergeben. Niemals.

Gab es für die Beerdigung Ihrer Mutter auch Auflagen?
Es gab jede Menge Regeln. Es durften zum Beispiel nur zehn Personen teilnehmen. Das bedeutete, dass meine Geschwister und ich diesen schweren Gang alleine bewältigen mussten. Unseren Partnern und Kindern war es weder gestattet, sich zu verabschieden noch uns Halt zu geben. Letzteres wäre eh nicht möglich gewesen, da es ein Abstandsgebot von 1,5 Metern gab. Wohlgemerkt draußen, bei vier Grad minus. Und Sie werden es vermutlich nicht glauben, aber es waren Mitarbeiter vom Ordnungsamt vor Ort, die die Einhaltung der Auflagen bewachten.

Unglaublich. Darf ich Sie fragen, ob Sie geimpft sind?
Ja, ich bin geimpft. Ich habe am Anfang den ganzen Mist geglaubt, und ich hatte auch als Schwerbehinderte eine Impf-Priorisierung. Deshalb habe ich mich einmal impfen lassen. Und ich bedauere das sehr. Ich habe zeitnah eine Hirnschwellung bekommen, da sich Zysten gebildet hatten. Dann wurde ein grüner Star ausgelöst, so dass ich langsam erblinde. Und ich habe seit der Impfung mit einer Autoimmunerkrankung zu kämpfen. Immerhin sind diese Krankheiten als Folge der Impfung dokumentiert worden. Als schwere systemische und nichtsystemische Schäden. Leider ist mein Hausarzt der Meldepflicht ans Robert-Koch-Institut nicht nachgekommen. Um eine mögliche Entschädigung zu bekommen, werde ich selbst noch rechtliche Schritte einleiten müssen.

In meiner Familie gab es übrigens noch andere schwere Fälle. Der Mann meiner Nichte – ein sportlicher Typ, 36 Jahre alt – ist vier Tage nach seiner *Booster*-Impfung tot zusammengebrochen. Mein 26-jähriger Neffe kam kurz nach seiner *Booster*-Impfung mit Verdacht auf Schlaganfall auf die Intensivstation, erlitt dort einen Herzstillstand, wurde reanimiert und ist jetzt ein Schwerstpflegefall. Das sind nur zwei Beispiele. Für mich hat es wirklich den Anschein, es sei der Impfstoff eine Biowaffe, die nach Schwachstellen im System der Geimpften sucht. Ich will darüber aufklären, deshalb gehe ich auf die Straße. Ich werde, so lange ich noch gehen und sehen kann, aktiver Widerständler sein. Und das nach Möglichkeit jeden Tag.

Wie sieht der Widerstand aus?
Nun, ich hatte heute zum Beispiel einen Termin im Ärztehaus, und als ich die Praxisräume betrat, wurde ich darauf hingewiesen, dass es dort eine Maskenpflicht gebe. Ich entgegnete, dass das schön sei, aber ich würde keine Maske aufsetzen. Worauf man mir mit dem Hausrecht drohte. Daraufhin fragte ich, ob sie denn auch meine körperliche Unversehrtheit garantieren könnten, denn wenn sie das nicht könnten, seien sie in der Haftung. Sie gaben auf, und ich musste keine Maske aufsetzen.

Sie gehen ausgesprochen entschlossen und konsequent vor.
Ja, ich mache da einfach nicht mehr mit. Wenn mich Geschäfte aufgrund meines Impfstatus oder der Maske diskriminieren, haben sie mich auf Lebenszeit als Kunden verloren. Noch ein Beispiel: Meine Familie ist sehr religiös, gerade an Weihnachten war es natürlich Usus, dass wir alle zusammen den Gottesdienst besuchten. Aber das ging nur unter »2G«-Bedingungen. Meine Konsequenz: Ich bin umgehend aus der Kirche ausgetreten.

Was wünschen Sie sich?
Der Wahnsinn muss enden. Und zwar so schnell wie möglich. Damit meine ich nicht nur die Corona-Auflagen, sondern auch die aktuelle Politik. Wir müssen diese selbstzerstörerischen Sanktionen und Waffenlieferungen stoppen und Nord Stream 2 in Betrieb nehmen. Nur über stabile Energiepreise können wir die Inflation und den wirtschaftlichen Niedergang aufhalten und damit den sozialen Frieden erhalten. Deshalb mein Appell an alle Mitbürger: Raus auf die Straße, leistet Widerstand und kämpft für eine lebenswerte Zukunft.



Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V. Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

ES IST ERNTEZEIT

Der Apfel ist einer der wertvollsten Gaben der Natur. Im Handel sind die Preise für Äpfel deutlich gestiegen. Reife Äpfel hängen an unzähligen Apfelbäumen in privaten Hausgärten. Die Besitzer, jedenfalls einige davon, bevorzugen es, jetzt zur Erntezeit in mehrwöchige Urlaube zu fahren und die Äpfel verfaulen zu lassen. Den Schlüssel zum Garten dem Nachbarn geben oder der Familie, die eine Straße weiter im Hochhaus wohnt? Och nö. Und gerade der Nachbar hatte doch vor ein paar Wochen eine reiche Kirschernte und hat gestöhnt, dass seine Kleinfamilie es nicht schafft, so viele Kirschen zu essen oder einzukochen und die Früchte nun am Boden oder Baum verrotten. Das erzählen diese erfolgreichen Privatgärtner alles fröhlich auch denen, die sich höchstens eine kleine Menge dieses teuren Obstes im Supermarkt kaufen können. Und daher jetzt ein Danke an alle, die tauschen und schenken. Sie sind die echten Naturliebhaber.
– Doro P.

MEINE GEDANKEN

Liebe Freunde, in DW Nummer 100 nannte ich zwei Varianten, welche die sogenannte Regierung zum 1. August 2022 (Großdemo) wählen würde. Zum Glück wurde es die erste, da es bei dieser nicht zu Übergriffen kam. Hilfreich dabei war sicher auch die Gestaltung der Demo. Mit all dem Klamauk und tänzerischen Einlagen war es schon keine ernste politische Willenserklärung mehr. Man sollte mit solchen Sprüchen: »Corona-Regime für beendet erklärt« keine Witze machen. Für den 8. September 2022 werden nun Pfeifen und Trommeln verlangt. Meine Sachsen-Fahne, welche mich ausweist, soll zu Hause bleiben. Meine Meinung: Schlimmer geht es nicht mehr. Die Folge wird sein, dass uns keiner mehr ernst nimmt. Wir demonstrieren gegen Masken, setzen sie aber auf, wenn es verlangt wird.

Ich versteh die Welt nicht mehr. Also, und das ist meine Meinung, ist der 8. September genau so unwichtig für diese Machthaber wie der 1. August. Darum meine Variante 1 aus DW Nummer 100: »Alles geht so weiter«. Ich lese den DW immer mit einem Mal komplett durch, und dabei finde ich immer mehr Ähnlichkeit zum folgenden Vers.
Was bringt den Doktor um sein Brot?
A) Gesundheit, B) der Tod.
Drum hält der Arzt, damit er lebe,
uns zwischen beiden in der Schwebe.

Mal sehen, ob ihr es schreibt.
Mit freundlichen Grüßen.
– Hans Steffen R.

»Eine riesige Insolvenzwelle ist bereits im Gang«

Lange Zeit hielten Deutschlands Unternehmer still. Doch jetzt schlagen sie Alarm: Extrem gestiegene Kosten lösen die Gewinne in Luft auf. | Von Hermann Ploppa

Der Präsident der deutschen Familienunternehmer, Reinhold von Eben-Worlée, macht aus seinem Herzen keine Mördergrube: »Eine riesige Insolvenzwelle ist bereits im Gang. Und sie wird noch viel größer werden. Zehntausende Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Das hat die Bundesregierung noch gar nicht richtig verstanden. Das war bei Corona anders.«

So diktiert es das Patriarchen-Oberhaupt der *Rheinischen Post* zum Mitschreiben. Und er steht mit seiner Alarmglocke durchaus nicht allein im Wald. Unternehmer Eberhard Zumkeller nämlich steht der Firma EZU-Metallwaren im schwäbischen Königsheim vor. Er fordert seine Unternehmer-Kollegen auf, aus Empörung über die ruinöse Politik der Bundesregierung gegenüber der mittelständischen Wirtschaft die Fahnen vor den Fabriktoren auf Halbmast zu setzen, das dann zu filmen und den verantwortlichen Politikern zuzusenden.

Da sind sogar ausgesprochen prominente Firmen betroffen. Wer hat nicht seine vier Buchstaben schon einmal mit den zarten Papiertüchern von Hakle (»Hakle feucht«) gestreichelt? Es ist nicht nett, wie mit Hakle umgegangen wurde. Denn eigentlich gibt es das Energiekostendämpfungsprogramm der Bundesregierung. Der Staat hilft seit dem 15. Juli dieses Jahres durch die Erstattung von erhöhten Energiekosten, die durch die Sanktionspolitik entstanden sind. Auch Firmen-Miteigentümer Volker und Karen Jung hatten einen Antrag auf Erstattung gestellt. Doch leider bekamen sie zu hören, das IT-System für die Auszahlung befinde sich noch mitten im Aufbau. *Sorry*, später vielleicht … Das hat dem Unternehmen das Genick gebrochen, wie das Ehepaar Jung dem *Handelsblatt* erklärte. Nun also auch Hakle insolvent. Das ist gottlob noch nicht das sofortige Ende.

INSOLVENZ IST NICHT GLEICH INSOLVENZ

Denn: Des einen Not ist des andern Brot. Fachanwälte mit Schwerpunkt Insolvenzrecht können sich jetzt schon auf ertragreiche Wochen und Monate, vielleicht sogar Jahre, freuen. Das Insolvenzrecht ist über die Jahrzehnte und Jahrhunderte recht komplex geworden. In den USA sind die Schöpfer des Insolvenzrechts in erster Linie daran interessiert, den zahlungsunfähigen Schuldner möglichst schnell von seinem Schuldenbuckel zu befreien, um dann wieder gesund und munter am darwinistischen geschäftlichen Wettbewerb teilnehmen zu können. Und auch bankrotte Hausbauer packen in den Staaten einfach den Hausschlüssel in einen Briefumschlag und werfen den bei der Gläubigerbank in den Briefkasten. Und fangen



Proteste gegen die Kriegstreiberei und Misswirtschaft der Grünen schwellen deutschlandweit an.
Foto: Hannes Henkelmann

dann schuldenfrei neu an. So einfach ist das bei uns nicht.

Oberstes Ziel ist bei uns in Deutschland, dass die Gläubiger so gut wie möglich wieder an ihr Geld herankommen. Immerhin bedeutet bei uns eine Firmeninsolvenz nicht unbedingt, dass die betroffene Firma aufhört zu existieren. Das kann man ganz gut bei der Ludwig Görtz GmbH studieren. Die Schuhhandelskette mit 160 Filialen in Deutschland und Österreich mit 1.600 Beschäftigten hat ein so genanntes »Schutzschirmverfahren in Eigenverantwortung« beantragt.

Bei dieser milden Variante der Insolvenz führen die Görtz-Manager die Firma einfach selber weiter. Die Agentur für Arbeit bezahlt für die nächsten drei Monate die Löhne. Dann hofft Görtz wieder die Löhne selber bezahlen zu können. In der Zwischenzeit entwickeln die Manager zusammen mit Insolvenzanwälten einen Sanierungsplan. Der wird dann den Gläubigern vorgelegt. Wenn die dann zustimmend mit dem Kopf nicken und das Gericht gibt auch sein Plazet, dann geht es weiter. Und dann hat Görtz drei bis sechs Jahre Zeit, wieder rentabel zu werden und die Gläubiger zufrieden zu stellen.

Leider kommt es gar nicht so selten vor, dass diese Rechnung nicht aufgeht. Jetzt hat es zum Beispiel die Traditions-Brauerei Bischoff im Städtchen Winnweiler im rheinland-pfälzischen Kreis Donnersweiler nach sage und schreibe 150 Jahren erwischt. Aufgrund des destruktiven *Lockdowns* im Jahre 2020 musste Bischoff Insolvenz anmelden und versuchte sein Glück mit der Eigenverantwortung. Das Experiment ist jetzt zu Ende. Die Verluste aus der *Lockdown*-Phase waren einfach zu hoch. Ein Investor nach dem anderen sprang wieder ab. Jetzt wird die Firma mit 40 Mitarbeitern endgültig liquidiert. Die Winnweiler Bierbrauer tragen absolut keine Schuld an dieser Pleite.

WOHLSTANDSVERLUST IN DER MITTELSCHICHT

Dann gibt es noch die Privat-Insolvenzen. Seit 2011 können hoch verschuldete Privatleute Insolvenz anmelden. Dann wird im Allgemeinen mit den Banken, meistens Sparkassen, über eine Stundung oder über verlängerte Raten zum Abtragen nachgedacht. Liquidieren kann man ja Privatpersonen nicht. Einem nackten Mann greift man nicht in die Tasche. Bislang war der Personenkreis, der Privat-Insolvenzen beantragte, eher überschaubar. Doch jetzt schlägt Sparkassenpräsident Helmut Schleweis im *Handelsblatt* ganz neue Töne an: »Die Krise und der Wohlstandsverlust kommen in der Mittelschicht an, die bislang nicht gewohnt war, Transferleistungen in Anspruch zu nehmen, und das zum Teil sogar abgelehnt hat.«

Der Stolz ist gebrochen. Sozialhilfe als »Aufstocker« ist kein Tabu mehr. Der Sparkassenfunktionär geht sogar noch weiter: 60 Prozent aller deutschen Haushalte könnten in naher Zukunft mit ihrem Einkommen die Ausgaben nicht mehr abdecken. Man lasse sich das auf der Zunge zergehen: 60 Prozent! Die Spareinlagen nehmen gegenüber den Vorjahren bereits drastisch ab. Und bald müssen auch bislang besser situierte Mitbürger ihr Erspartes abschmelzen, nur um überleben zu können. Wer hätte sich das vor zwei Jahren träumen lassen?

Noch in den ersten beiden Corona-Jahren ließ die Bundesregierung ihre Unternehmer nicht im Stich. Äußerst spendabel zauberte Vater Staat riesige Milliardensummen aus dem Ärmel, um schon damals de facto insolventen Unternehmen unter die Arme zu greifen. Das Geld kam aus dem Nichts und war wiederum durch nichts gedeckt. Was dann kam, nannte man Inflation. Die hatte zwischenzeitlich solche Dimensionen angenommen, dass man jetzt mit erhöhten Leitzinsen massiv auf die Bremse tritt. Und jetzt geht das mit dem Gelddrucken einfach nicht mehr.

KÜNSTLICHE BEATMUNG WIRD BEENDET

Jetzt gibt's keine dicken Schecks mehr für Zombie-Unternehmen, also Unternehmen, die eigentlich schon tot sind und mit den zauberhaften Regierungsgeldern künstlich infundiert wurden. Namhafte Ökonomen und auch der Verfasser dieser Zeilen hatten viel zu früh eine Masseninsolvenz schon für 2020 angekündigt. Wir hatten einfach nicht damit gerechnet, dass Bundesbank und Regierung so viele Monate den *Crash* mittels Gelddrucken hinauszögern könnten. Doch jetzt muss die durch das Gelddrucken ausgelöste Inflation gezähmt werden. Und jetzt fallen die bislang künstlich ernährten Betriebe wie überreife Früchte nach unten.

Und immer mehr Unternehmer, große wie kleine, werden jetzt zwangspolitisiert. Noch zieren sich einige der Standesgenossen. Doch gerade im aktiven Osten unserer Republik artikulieren Handwerksmeister und mittelständische Unternehmer mittlerweile klar verständliche Forderungen. So schickten die Kreishandwerkerschaft Dessau-Roßlau und Halle-Saalekreis offene Briefe an die Bundesregierung. Darin forderten sie ein Ende der Waffenlieferungen in die Ukraine sowie ein Ende der Sanktionen gegen Russland. Sie wollen, dass Nord Stream 2 lieber heute als morgen aufgemacht wird.

Die Kreishandwerkerschaft Dessau-Roßlau hat sogar schon eine Kundgebung mit etwa 2.000 Teilnehmern durchgeführt. Handwerker-Chef Karl Krökel sagt: »Es geht gerade schon los mit einzelnen Betriebsschließungen, das trifft vor allem die Bäckereien sehr stark gerade. Das wird aber alle Branchen betreffen, selbst die, wo das Gas nicht so eine große Rolle spielt.« Am 1. Oktober wollen die wackeren Handwerker eine Großkundgebung in Berlin veranstalten. Es wird also noch spannend in den kommenden Monaten.

BlackRock & Co. enteignen!

An diesem Wochenende findet ein wichtiger Kongress an der Uni Potsdam statt. Es geht um Aufklärung um eine immer noch weitgehend unbekannte Finanzkrake. | Von Hermann Ploppa

Eines ist schon mal sicher: Die jetzt noch dilettierende Ampelkoalition ist nur ein Übergang. Wenn diese Laienspielschar nicht mehr länger zu halten ist, kommt der große Retter und Messias.

Wir können uns schon jetzt auf eine neue liberal-rechte Regierung unter Friedrich Merz einstellen. Uns wird permanent vorenthalten, dass Merz nicht nur CDU-Vorsitzender ist. Was nur wenige wissen: Friedrich Merz war bis zu seinem *Comeback* in der Politik Deutschland-Chef von BlackRock. Und man kann getrost davon ausgehen, dass Merz als kommender Bundeskanzler die Interessen seines ehemaligen Arbeitgebers BlackRock nicht vergessen wird. Unsere öffentlich-rechtlichen Kranken- und Rentenkassen sind von den Vorgänger-Regierungen bereits derart in den Ruin getrieben worden, dass ihre Übernahme in die Hände von Finanzspekulanten schier unausweichlich erscheint. Und da ist niemand so geeignet, diese Aufgabe zu bewältigen, wie eben BlackRock. Wer ist BlackRock? Es handelt sich um ein rasant wachsendes Finanzkonglomerat. Gegründet wurde BlackRock im Jahre 1988 in New York. Heute ist dieser »schwarze Felsen« der mit Abstand größte Vermögensverwalter der Welt. Unter seiner Obhut befinden sich jetzt bereits zehn Billionen US-Dollar. Zum Vergleich: Deutschland hat im letzten Jahr ein Bruttoinlandsprodukt von gerade einmal 3,806 Billionen US-Dollar erarbeitet. BlackRock erwirtschaftet einen Umsatz von 17 Milliarden US-Dollar und bezog daraus im letzten Jahr einen Gewinn von fünf Milliarden US-Dollar.

Dieser Vermögensverwalter beruhigt seine Kritiker: Wir haben doch nirgendwo mehr als zehn Prozent Anteil an den Aktien von Konzernen. Dazu muss man wissen, dass BlackRock nicht alleine dasteht. Es gibt eine ganze Reihe weiterer Vermögensverwalter mit Namen wie: Vanguard, State Street, Capital Group, Wellington, Fidelity oder auch Northern Trust. Sie alle sind nicht wirkliche Konkurrenten. Denn sie sind alle durch Anteile eng miteinander verzahnt. In Wirklichkeit handelt es sich um ein einziges großes Konglomerat, das Wirtschaft und Finanzen dieser Welt mit harter Hand kontrolliert. Und dazu fast sämtliche Politiker. So haben Vertreter von BlackRock auch die Regierung des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump unter Kontrolle gehabt.



Herbst der Entscheidung: Wird die Demokratiebewegung Deutschland vor dem wirtschaftlichen und kulturellen Selbstmord bewahren? Foto: Sandra Doornbos





Karikatur: Olaf Schmalbein

DIE MANAGER DES GREAT RESET

Man kann den *Great Reset* ohne diese Kraken nicht verstehen. Der ganze Druck zur umfassenden Digitalisierung, der Zwang zum *Home-Office*, die enorme Umleitung von öffentlichen Geldern in die Hände von wenigen Pharmakonzernen – all das ist ohne BlackRock und seine Freunde gar nicht zu verstehen. Und das alles wird von privaten Medien den Menschen draußen im Lande als reine Wohltat verkauft. Kein Wunder. Denn auch Google, Facebook und Konsorten gehören BlackRock & Co.

Und so werden wir mit einer unsäglich verlogenen Mogelpackung anstelle echten Klimaschutzes tagtäglich traktiert. *Greenwashing* statt Klima- und Umweltsanierung. Mit dem *Great Reset* kam der verlogene »Wertekanon« ESG. Soll heißen: *Environment, Social, Governance*. Also ein Placebo-Paket voller »Umweltschutz«, »Soziale Verantwortung« und »Gute Regierungskunst«. In Wirklichkeit werden Umweltstandards, Sozialgesetze und Demokratie gerade auf dem Kehrichthaufen der Geschichte entsorgt.

Aufklärung und politische Gegenwehr sind dringend geboten. Deshalb findet an diesem Wochenende an der Universität Potsdam eine BlackRock-Konferenz statt. Es geht darum, wie BlackRock & Co die Umlagen-basierte Rente madig machen, um die Renten an den Roulettetisch der Börse zu bringen. Oder wie Umweltstandards unterlaufen werden. Und wie sich weltweit Gegenwehr formiert durch Zivilgruppen und Gewerkschaften. Wir bleiben am Thema.

Kongress »Schwarzer Fels – BlackRock & Co. Auf den Spuren einer unbekannten Weltmacht.« 16./17. September 2022, Universität Potsdam, Audimax. Am Neuen Palais 10, Haus 12, Erstes Obergeschoss. Beginn Freitag, 16. September 2022, 19.30 Uhr.

MELDUNG

STROMNETZ KÖNNTE ZUSAMMENBRECHEN

München/DW. Die letzten drei Atomkraftwerke Deutschlands sollen Ende Dezember vom Netz genommen werden. Dagegen regt sich nun in Fachkreisen Widerstand. Laut Berechnungen des Münchner ifo-Instituts wäre der Strompreis bei einem Weiterbetrieb im nächsten Jahr um vier Prozent billiger als bei einer Abschaltung. Angesichts des zu erwartenden massenhaften Einsatzes von Stromheizungen und Radiatoren könne es auch zur Überlastung des deutschen Stromnetzes kommen. Die sogenannten Wirtschaftsweisen empfehlen deshalb, die Meiler »bis zur nachhaltigen Überwindung der Energiekrise« weiter zu betreiben. (ber)

»Übersterblichkeit der deutschen Unternehmen«

MOTOR MITTELSTAND | KOLUMNE ***von Wolfgang Greulich***

So jetzt haben wir ja gelernt, was eine echte Insolvenz ist. Nein, nein, nicht unser Bundeswirtschaftsminister, dieser ist eh auf allen Ebenen längst insolvent, war gar nie liquide.

Es sind bekannte Unternehmen wie der Toilettenpapierhersteller Hakle, die aufgrund der allgemeinen Kostenexplosion nicht mehr weiterexistieren können. Das ist jetzt erst der Anfang, an Meldungen dieser Art werden wir uns wohl gewöhnen müssen. Wir werden sehen, ob sich der AdBlue-Mangel wie von der Logistik- und Chemiebranche prognostiziert mit den angedeuteten Konsequenzen bewahrheiten wird. Während das Ifo-Institut eine Winterrezession vorhersagt, der Deutsche Aktienindex zögerlich nach oben geht, der Leitzins leicht angehoben wird, scheffeln die Energieerzeuger das Geld, welches der Bevölkerung genommen wird. Enteignung und Vermögensentzug wie aus dem Bilderbuch. Geplant und durchgeführt. Wer früher keinen Anstand hatte, zeigt ihn auch in diesen Zeiten nicht. Bei manchen Grüne wählenden Unternehmern kommt jetzt dann doch so langsam die Erkenntnis, zu was sie selber beigetragen haben. Bestes Beispiel: Trigema-Chef Wolfgang Grupp. Allerdings braucht es keine schlauen Reden in Bild und Funk, die konkrete Mobilisierung der Unternehmerkollegen würde eher weiterhelfen. Auch Markus Jerger, der Vorsitzende des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft, spricht nicht mehr von einer Insolvenzwelle, sondern von einer Übersterblichkeit der deutschen Unternehmen.

Da spürt man das Erwachen: 50 Prozent der Unternehmen befänden sich durch eine Überlappung der Krisen in Schwierigkeiten. Da hat es wohl einer verstanden, traut sich aber halt immer noch nicht, die Wahrheit auszusprechen, aber genau dies wäre endlich notwendig, um der Deindustrialisierung Deutschlands klar und deutlich Einhalt zu gebieten.

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.



Bruchstelle des Karatschunowskaja-Stausees mit rund 300 Millionen Liter Wasser. Foto: Itar-Tass

Ist weniger Schwachsinn möglich?

Neues von der Ostfront
Von Anselm Lenz

Zuletzt überfiel Aserbaidschan das mit Russland verbündete Armenien. Steht die nukleare Apokalypse bevor?

Russland führt seit Ende Februar 2022 in der früheren Sowjetrepublik Ukraine nach eigenen Angaben eine »militärische Sonderoperation« durch, die sich durch die weiteren Eingriffe aus Washington, London und der Nato-Hauptstadt Brüssel immer mehr zum Weltenbrand ausweitet. Die Region Bergkarabach liegt zwischen Aserbaidschan, Armenien und dem Iran. Bergkarabach (armenisch Լեռնային Ղարաբաղ Lernajin Gharabagh) ist seit der Endphase der Sowjetunion umstritten.

Im seit der Antike staatlich verfassten Armenien mit seiner Hauptstadt Eriwan gehen viele davon aus, dass Bergkarabach integraler Bestandteil der armenischen Geschichte ist. Die unabhängige Republik Arzach auf der bergkarabachischen Region wird international kaum anerkannt. Zuletzt verschob Aserbaidschan 2020 die Grenze im Krieg um Bergkarabach im Jahr 2020 zu seinen Gunsten. Am 13. September 2022 begann Aserbaidschan nun, armenisches Kernland mit schweren Drohnenbombardements anzugreifen.

»Die Lage ist ernst«, kommentierte der Experte für Friedens- und Konfliktforschung Jürgen Elsässer von *Compact-TV*. »Es sieht ganz danach aus, dass Aserbaidschan die Schwächung Russlands in der Ukraine nutzen will, um das seit 1997 mit Russland und fünf weiteren Ländern der Region verbündete Armenien weiter zu zerstückeln.« Elsässer wies noch am Dienstagabend auf das Ungleichgewicht der Kräfte hin: »Das große Aserbaidschan überfällt das kleine Armenien. Bemerkenswert: Das Schweigen der EU.« Das islamische Rohstoffland Aserbaidschan wird vom Nato-Land Türkei unterstützt. Zuletzt hatte das BRD-Regime Erdgaslieferungen in der Aseri-Hauptstadt Baku vereinbart.

Auch der Abgeordnete im Scheinparlament der EU, Martin Sonneborn, monierte am Mittwoch gegenüber der Kommisionspräsidenten und früheren BRD-Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen: »Derzeit überfällt die Öldiktatur, die von Ihnen zum Partner erklärt wurde, das demokratische Armenien.« Bei der »Bestechung korrupter CDU-Honks« sei der aserbaidschanische Präsident Ilham Älijew »ganz vorn«, ansonsten weit schlechter als der in der Nato-Propaganda so vielgescholtene, aber gewählte, russische Präsident Wladimir Putin.

ERSTE NENNENSWERTE GEGENOFFENSIVE

Die zweite Ostfront kommt der Nato gelegen. Denn Russland hat erstmals ernsthafte Probleme beim Feldzug in der Ukraine. Nachdem die Rote Armee bei der Invasion der Ukraine im Februar und März blitzartige Geländegewinne erzielt hatte und sogar Kiew kurz vor der Einkesselung stand, was aber abgebrochen werden musste, stagnierte die Frontlinie (bei grober Betrachtung) seit April 2022. Die größte Aufregung entstand zuletzt um das von der Roten Armee eingenommene Atomkraftwerk Saporischje und dessen ukrainischen Beschuss. Nun die erste nennenswerte ukrainische Gegenoffensive.

Das Mitglied der Staatsduma (russisches Parlament) Alexander Kasakow sagte in einer erstaunlich offen geführten Diskussion im russischen Fernsehen in der ablaufenden Woche: »Ein Weltkrieg ist im Kommen und dies ist nur ein Teil des Kriegsschauplatzes.« Man müsse »das ganze Bild des Nato-Blocks« betrachten. Zuvor hatte ein scharfer Kritiker in der Talkshow bemerkt, dass die Ukraine von Moskau unterschätzt worden sei. Man müsse entweder sofort Friedensverhandlungen aufnehmen oder mobilisieren. Bislang kämpft Russland nur mit dem stehenden Heer, also Berufssoldaten.

Die Städte Isjum und Charkow waren ab dem 9. September von der Roten Armee wieder verlassen und von Ukro-Nato-Truppen eingenommen worden. Ein Flüchtlingsstrom von russischen Ukrainern machte sich aus Charkow auf den Weg nach Russland. Auch die Städte Donjetsk und Lugansk in den unabhängigen Volksrepubliken je gleichen Namens stehen wieder unter Druck. Kiew hatte zuvor einen regelrechten Frontdurchbruch erzielt.

Moskau reagierte mit »Umgruppierungen« und am 11. September mit gezielten Raketenangriffen auf Elektrizitätswerke im Nordosten der Ukraine, was zu flächendeckendem Ausfall der Stromversorgung führte. Russland verfügt dabei über eine weltweit überlegene Kriegstechnologie, die sogenannte Hyperschallrakete »Kinschal«, die gegenwärtig auch nicht von der Nato verteidigt werden kann.

Die konventionelle Luftüberlegenheit auf ukrainischem Territorium dürfte die Rote Armee aber mittlerweile eingebüßt haben. Zuletzt wurde in *Online*-Kanälen berichtet, Russland lasse sich Drohnen mit Tarnkappendrohnen aus dem Iran liefern. Am Mittwochabend wurde bekannt, dass die Rote Armee einen intensiven und luftunterstützten Konter bei Donjetsk unternimmt. In der Industriemetropole Kriwoi Rog im Oblast Dnjepropetrowsk traten am Mittwoch die Ufer der Flüsse Saksahan und Inhulez über die Ufer, möglicherweise wurde der nahegelegene Karatschuniwka-Stausee besschädigt. Es sind jeweils menschengemachte und apokalyptische Vorgänge – ganz ohne »Klima«.

SUIZIDALER WIRTSCHAFTSKRIEG

Die Ukraine ist aus den USA und weiteren Nato-Staaten extrem aufgerüstet worden. Gleichwohl gilt es weiterhin als Gemeinplatz, dass ein Krieg gegen Russland in dessen Räumen nicht gewonnen werden kann. Hinzu kommt der suizidale Wirtschaftskrieg, der der faktisch bankrotten USA-Oligarchie nützt, Europa aber – insbesondere die BRD – ökonomisch und sozial völlig ruiniert. Die Demütigung der Roten Armee in den Gebieten der Volksrepubliken Donjetsk und Lugansk sowie die Luftschläge auf der Halbinsel Krim während der dortigen Touristensaison, der offene Einsatz von ukrainischen Nazi-Wiedergängern als Teil Nato-Kiew-Kriegskoalition werden die Gefahr eines Atomkrieges nicht eben reduziert haben.

Ist etwas weniger Schwachsinniges möglich? Ja, das Einhalten der Minsker Abkommen seitens Kiews, Sicherheitsgarantien für Moskau und die Perspektive einer souveränen Integration Russlands in Nato und EU – was Putin um die Jahrtausendwende beantragt hatte; dazu generelle Abrüstung, Friedensdividende und die »Transformation« des Militärisch-Industriellen Komplexes zu einer »Friedensindustrie«. Denn – Albert Einstein (deutscher Physiker, 1879-1955): »Ich bin nicht sicher, mit welchen Waffen der dritte Weltkrieg ausgetragen wird, aber im vierten Weltkrieg würde mit Stöcken und Steinen gekämpft.«



Täglich wachsen die Anti-Kriegs-Demonstrationen der Demokratiebewegung. Foto: Sandra Doornbos

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND | N° 105
Samstag, 17. September 2022

Aus dem 514. Rundbrief von NichtOhneUns.de

Sehr geehrte Leserschaft,

die internationalen Entwicklungen sind seit gestern abend, 14. September 2022, akut sehr schlecht (Armenien/Aserbaidschan, Karatschunowskaja-Staudamm plus Überflutung der Stadt Kriwoi Rog *et cetera*) und anscheinend ohne Perspektive – außer jener, es allseitig einfach bleiben zu lassen. Die Welt könnte mit allen Konsequenzen vor dem Dritten Weltkrieg stehen (Atomkrieg).

Vielleicht ist es angebracht, einfach mal das große »I would prefer not to« von Herman Melvilles Figur des Bartleby zu sprechen, »ich möchte lieber keinen Weltkrieg«. Und dazu ein bis zehn Vater Unser (oder was immer Ihnen angemessen erscheint) aufzusagen.

An alle Machthaber oder Rote-Knopf-Drücker kann man nur appelieren – und wer in Rufweite ist, hat die *Pflicht* dazu – einfach mit dem ganzen Schwachsinn aufzuhören. Es gibt immer auch eine andere Lösung und die beginnt mit: Nichtstun, aufhören, es sein lassen, den aufgebauten Stress einfach nicht annehmen, aus dem Teufelskreis austreten und erstmal »CIAO« sagen.

Denn davon geht die Welt nicht unter. Hier: *Deshalb*.

Wladimir Putin trifft am 15. September den chinesischen Staatschef Xi Jingping in Samarkand (Usbekistan). Das wird ein entscheidendes Treffen und es wird nicht zum Gefallen Washingtons und zum Beispiel Josef Joffse (*Die Zeit*) sowie den westlichen »Tiefen Staat« (ehemals Militärisch-Industrieller-Komplex) inklusive den Kinderschändern von der *Taz* ausfallen. Um es mal nickelig zum Ausdruck zu bringen. (Ich darf auf die Sendung »Neues aus der Anstalt« aus dem Jahr 2014 hinweisen, die mittlerweile »verbotene« Folge, noch abrufbar im Netz via https://www.youtube.com/watch?v=QQ-cYYvH3sg).

Washington führt zur eigenen Insolvenzverschleppung eine neue Art des asymmetrischen Krieges mitten in und *gegen* Kontinentaleuropa. Die Corona-Lüge war nur der Beginn. (Damit ist Moskau nicht durchweg affirmiert, dem es um etwas anderes geht. In der Ukraine ist keine »fette Beute« zu machen.)

Nun müsste die große Stunde französischer, niederländischer, tschechischer, polnischer, deutscher Friedensdiplomatie schlagen. Mit Betonung auf STUNDE. Es muss JETZT ein gemeinsames großes öffentliches Friedenszeichen aus West- und Mitteleuropa nach West und Ost kommen, sonst sehe ich buchstäblich schwarz.

Das haben wir nicht in der Hand, außer der Pflicht, die Politik dazu deutlich aufzurufen. Zum Persönlichen: Ich neigte nie zum »Doomsday Prepping«, vollmundigen Alarmen und hysterischen Appellen. Was ich heute für Sie tun kann, ist dazu zu raten in Betracht zu ziehen, sich in den kommenden Tagen in aller Ruhe, zumindest ohne Panik, aber konsequent auf die *Möglichkeit* eines sehr großen Kriegskonfliktes in Europa einzustellen.

Mit freundlichen Grüßen und Dank für Ihre Gewogenheit über zweieinhalb Jahre und Ihr Verständnis,

Anselm Lenz, Journalist und Verleger
im Deutschland der Gegenwart

»DIE PHARMAINDUSTRIE IST EINE MAFIA«

Politlobbyisten haben ganze Arbeit geleistet: Unser solidarisch finanziertes Gesundheitssystem krankt an allen Ecken und Enden. Die Patienten bleiben auf der Strecke. Doch wie sieht es in der Veterinärmedizin aus?

Die Tierärzte und Bestsellerautoren DR. JUTTA ZIEGLER und DIRK SCHRADER klären auf und zeichnen erschreckende Parallelen zur Humanmedizin. DW-INTERVIEW von Klaus Müller

DW: Frau Dr. Ziegler, Herr Schrader, bitte stellen Sie sich unseren Lesern doch kurz einmal selber vor!

Jutta Ziegler: Ich bin 67, habe nach meinem Studium der Veterinärmedizin in Kuchl eine Tierklinik geleitet. Von 1999 an führte ich in Hallein bei Salzburg eine Kleintierpraxis. Seit meinem Ruhestand berate ich als Energetikerin Hunde- und Katzenbesitzer, betreibe zudem ein Geschäft für Naturprodukte. Ich habe unter anderem das »Schwarzbuch Tierarzt – Hunde würden länger leben, wenn…« veröffentlicht. Ich bin politisch aktiv für die MFG, der österreichischen Partei für Menschen, Freiheit, Grundrechte.

Dirk Schrader: Ich habe einst in Berlin Veterinärmedizin studiert, bin seit 1973 und trotz Überschreiten des Rentenalters auch heute mit 78 noch als Tierarzt tätig. In meine Hamburger Praxis kommen Kunden aus ganz Deutschland. Auf der Seite *kritische-tiermedizin.de* erhalten Haustierbesitzer schon seit Jahren Informationen von mir zu tiermedizinischen aber auch politischen Themen. Ich habe das Buch »(Keine) Menschlichkeit in der Tiermedizin« geschrieben.

DW: Sie beide haben in Ihren Büchern vor Jahren Missstände in der Tiermedizin aufgedeckt. Was kritisieren Sie vor allem?

J.Z.: Ein Großteil der Tierärzte schädigt unsere Haustiere, macht sie systematisch krank – mit überflüssigen Impfungen, einer katastrophalen Ernährungsberatung und dem Verordnen falscher Medikamente. Bei vielen akuten oder chronischen Krankheiten werden nur die Symptome bekämpft, nicht deren Ursachen. Warum? Weil es einfacher und vor allem lukrativer ist. Antibiotika dienen als Allheilmittel, werden in 95 Prozent aller Fälle unnötig eingesetzt. Dadurch wird die Darmflora der Tiere zerstört.

D.S.: Und es entwickeln sich Keime, die gegen bestimmte Arzneimittel resistent sind, wodurch Infektionen immer schwerer zu behandeln sind. Das ist in der Humanmedizin leider ganz ähnlich. Hinzu kommt: Es wird viel zu oft allein auf Grundlage von Vermutungen behandelt. Und viele Behandlungen sind unnötig, weil sie kaum oder gar nicht wirksam oder, wie zum Beispiel Blutanalysen, fast ohne Aussagekraft sind.

DW: Welche Rolle spielt die Pharmaindustrie in der Tiermedizin?

J.Z.: Sie finanziert quasi die Ausbildung der Tierärzte. Schon im Studium werden die angehenden Veterinäre darauf gedrillt, bei verschiedenen Krankheitsbildern stets pharmazeutische Therapien anzuwenden. Alternativen, die es in der Naturheilkunde massenweise gibt, werden allenfalls kurz thematisiert.

D.S.: Die Folge: Um ein Tier zu behandeln, stehen dem Veterinär später im Praxisalltag – so glaubt er – nur drei Waffen zur Verfügung: Schmerzmittel, Kortison und eben Antibiotika. Es ist die pure Hilflosigkeit. Ich habe wie die Kollegin über 40 Jahre Erfahrung als Tierarzt. Alles, was die Schulmedizin uns empfohlen hat, haben wir einst ehrfürchtig zur Kenntnis genommen, angewendet und festgestellt: Nicht alles ist schlecht, aber das Übliche wirkt oft nicht oder nur kurzfristig, ist meist viel zu teuer und nicht selten verbunden mit unsäglichem Leid der Patienten ohne Aussicht auf Heilung.

»AUCH WIELER IST NUR EINE MARIONETTE DER PHARMAINDUSTRIE!«

DW: Welche alternativen naturheilkundlichen Behandlungsmöglichkeiten gibt es?

J.Z.: Zum Beispiel Mikronährstoffe, CBD, CDL, Weihrauch…

D.S.: Wir setzen in unserer Praxis schon seit Jahren bei chronischen Erkrankungen sehr erfolgreich und kostengünstig Bioresonanz ein, die von Schulmedizinern belächelt und in den Altmedien als esoterischer Quatsch abgetan wird. Ich lächele zurück und sage: Das ist dumm und anmaßend. Es reicht nicht, das Wort Physik schreiben zu können, man muss auch etwas davon verstehen.

DW: Was hat es mit Chlordioxid, also CDL, auf sich?

J.Z.: Es ist vor allem wirksam bei Infektionen, Allergien, Krebs und hat keinerlei Nebenwirkungen. Der Pharmaindustrie ist es ein Dorn im Auge, weil es hilft, zudem sehr billig ist und somit teure Medikamente ersetzen könnte. CDL ist in Deutschland nicht zugelassen.

D.S.: Das Arzneimittelgesetz verpflichtet uns, das einzusetzen, was zugelassen ist, vor allem aber dient es dazu, der Pharmaindustrie Profite zu sichern. Wir dürfen auch Mittel anwenden, die nicht zugelassen sind, sofern sie keine Schäden hervorrufen. CDL ist eine Wunderwaffe, die in der richtigen Dosis innerhalb kurzer Zeit Krankheitserreger, Bakterien, Legionellen, Sporen, Algen, Pilze und Viren aller Art – auch Coronaviren – bekämpft. Ursula von der Leyen aber stellt sich hin und bezeichnet das Mittel als Gift. Damit offenbart sie, dass sie keine ausreichende Kenntnis über Herstellung, Anwendung und Wirksamkeit hat. Ihr geht es einzig um den Machterhalt der Pharmaindustrie.

DW: Wie denken Sie über die Branche?

J.Z.: Die Pharmaindustrie ist eine Mafia. Ich empfange seit 25 Jahren keine Vertreter mehr.

D.S.: Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass sie ihre Referenten enorm unter Druck setzt. Sie müssen auf Teufel komm raus Umsätze erzielen. Ich war zu Beginn meiner Praxistätigkeit im Nebenjob als Pharmavertreter tätig. Damals brachte Rhein-Pharma/ICI das Medikament Regelan auf den Markt. Ich war mitverantwortlich, es mit falschen Versprechungen in die Praxen zu lancieren. Es wurde als Cholesterinsenker angepriesen – bis sich herausstellte, dass es Leberkrebs verursachte. Deshalb wurde es wenig später wieder vom Markt genommen. Ich schäme mich bis heute dafür, dass ich mich dafür hergegeben habe.

DW: Sie erwähnten das Impfen. Was spricht dagegen?

J.Z.: Vom Welpenalter an werden Hunde und Katzen traktiert mit Impfungen, die nachweislich sinnlos sind. Beispiel Leptospirose: Davon gibt es 80 verschiedene Typen, aber es wird nur gegen zwei geimpft. Beispiel Tollwut: Die Krankheit gibt es in der EU seit 30 Jahren nicht mehr. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Ufo in Ihrem Garten landet, ist größer, als dass Ihr Haustier mit diesen Erregern in Berührung kommt. Paradox: In keinem EU-Land ist eine Tollwut-Impfung Pflicht – nur wenn man über die Grenze fährt. Wo ist da die Logik? Was am schlimmsten ist: Die Impfungen bergen hohe Risiken.

DW: Zum Beispiel?

J.Z.: Es ist jedes Mal eine Attacke aufs Immunsystem, das massiv geschädigt wird. Die Tiere werden anfälliger für Infekte. Auch Allergien und Krebs können die Folge sein. Vor allem die Adjuvantien sind hochgiftig, sie enthalten Aluminium und Quecksilber. Wenn man die Stoffe jedes Jahr spritzt, grenzt es an Körperverletzung. Ich habe selbst vor Jahren in Zusammenarbeit mit Hundezüchtern Tests durchgeführt. Das Ergebnis war eindeutig: Ungeimpfte Würfe waren deutlich gesünder als geimpfte.

DW: Es gibt also trotz moderner Medizin immer mehr kranke Tiere?

J.Z.: Ja, und die Tiere werden immer früher krank. Ich habe so viele Patienten, die schon im Alter von wenigen Monaten schwer erkrankt sind. Tendenz steigend. Ein großes Problem stellen auch Anti-Parasiten-Mittel dar. Vor 20 Jahren habe ich diese selbst noch verschrieben. Ich weiß nicht, wie oft ich dadurch bei den Tieren epileptische Anfälle – nur eine von vielen möglichen Nebenwirkungen – ausgelöst habe.

D.S.: Was vielen nicht bewusst ist: Diese Nervengifte wirken nicht nur auf die Parasiten ein, sondern – entgegen der Angaben der Hersteller – auch auf die Wirtstiere. Es gibt Tierärzte, die verabreichen den Haustieren prophylaktisch Wurmkuren. Wie bekloppt kann man sein?

DW: Man könnte glauben, dass Tierärzte auch Tierfreunde sind. Ist dem nicht so?

J.Z.: Es sind auch nicht alle Humanmediziner Menschenfreunde. Dennoch denke ich, dass die meisten Kollegen, die den Beruf ergreifen, ein Herz für Tiere haben. Aber ihnen wird durch Studium und Praktika so dermaßen das Gehirn verschmutzt, dass von der Tierliebe nicht viel übrig bleibt und plötzlich nur noch die finanziellen Interessen im Vordergrund stehen. Mindestens ein Drittel aller Tierärzte könnte ihre Praxis zusperren, wenn sie auf die sinnlosen Impfungen verzichten müssten.

D.S.: Es werden Impfstoffe für 3,80 Euro eingekauft und den Tierbesitzern für 80 Euro verkauft. Das ist kriminell, eine unappetitliche Schweinerei.

DW: Der schnöde Mammon ist also wie so oft das Maß aller Dinge?

J.Z.: Es gibt leider viele Kollegen, die gierig sind und ihren Patienten das Geld aus den Taschen ziehen wollen. Das Wohlergehen der Tiere ist ihnen egal. Sie setzen die Leute sogar unter Druck, spielen mit ihrer Angst, indem sie ihnen zum Beispiel sagen: »Wenn Sie nicht wollen, dass ich Ihr Tier impfe, müssen Sie die schlimmen Folgen verantworten.«

D.S.: Die meisten Tierärzte – und das gilt auch für die Humanmediziner – sind in erster Linie Verkaufsagenten der Pharmaindustrie. Es geht ihnen nur um Kohle. Die Kunden bezahlen oft viel zu viel für nichts – sie gehen mit deutlich weniger Geld, aber einem nach wie vor kranken Tier, nach Hause. Geld lässt sich auch mit viel zu teuren Operationen verdienen. Ein Beispiel: Eine neue Hüfte kostet bei einem Hund etwa 8.000 Euro. Der nachhaltige Erfolg ist zweifelhaft, weil sich an den Implantaten Keime sammeln und schlimme Probleme verursachen können. Ich mache seit 15 Jahren daher nur noch die sogenannte Denervation des Hüftgelenks.

DW: Das müssen Sie bitte erklären!

D.S.: Dabei werden die sensiblen schmerzleitenden Fasern, von der Hüftgelenkkapsel kommend, vollständig gebrochen. Die Folge: Der Hund hat weiterhin eine kaputte Hüfte, aber keine Schmerzen und Einschränkungen mehr. Kostenpunkt: weit unter 1.000 Euro. Der Erfinder dieser wirksamen und sozialverträglichen OP-Methode, Professor Werner Küpper, wurde viele Jahre von unserem Berufsstand als Betrüger verunglimpft, nur weil die Kollegen fürchteten, ihre teuren Hüft-OPs nicht mehr verkaufen zu können. Auch wir wurden, als wir anfingen, diese OP-Methode anzubieten, von großen Praxen angefeindet.

DW: Cem Özdemir, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, dessen grüne Gefolgschaft Haustiere als »Klimakiller« ansieht, hat eine neue Gebührenordnung für Tierärzte initiiert, die ab Oktober in Kraft treten soll und für Preiserhöhungen von bis zu 163 Prozent sorgt. Wie finden Sie das?

D.S.: Völlig daneben. Es ist schon jetzt so, dass immer mehr Haustierhalter die nach der Gebührenordnung gesetzlich festgelegten Mindestsätze für tierärztliche Leistungen nicht mehr zahlen können. In Zeiten, in denen die Lebenshaltungskosten explodieren, könnte es dazu führen, dass viele Tiere zwingend notwendige Behandlungen nicht mehr erhalten. Ich bin bereits vor langer Zeit von den Vorgaben abgerückt, wurde dafür bei der Tierärztekammer angezeigt. Heute bleiben wir auf dem unteren Rand der Gebührenordnung, damit Kollegen uns nicht angreifen können. Was man nicht vergessen darf: Viele Menschen besitzen ein Haustier, weil sie einsam sind. Was man denen jetzt antut, ist schrecklich.

»VIELE HALTER WERDEN DIE TIERARZTRECHNUNGEN NICHT MEHR ZAHLEN KÖNNEN!«

DW: Es ist festzustellen, dass Großkonzerne immer mehr Tierarzt-Kliniken und Praxen aufkaufen – deutschlandweit sind bereits über 150 nicht mehr inhabergeführt. Wie bewerten Sie das?

D.S.: Das ist eine Entwicklung, bei der ich mir nur an den Kopf fassen kann. Es gehört verboten. Anderenfalls können sich in naher Zukunft nur noch zehn Prozent der Haustierbesitzer eine tierärztliche Behandlung leisten.

J.Z.: Wir reden bei Unternehmensgruppen wie Anicura (gehört zum Nahrungsmittelkonzern Mars/Anm. d. Red.) und Evidensia (Nestlé) – um die zwei Marktführer zu nennen – von Geldfabriken. Da geht es ausschließlich um maximale Umsätze, maximale Gewinne und die Frage: »Was können wir den Patienten an Diagnoseverfahren und Therapeutika aufs Auge drücken, um den maximalen Ertrag zu erwirtschaften?«

D.S.: Von Mars klopfte auch bereits ein Vertreter bei mir an, um mir meine Praxis abzukaufen. Den habe ich rausgeschmissen. In der Humanmedizin ist es übrigens ähnlich: Auch da werden Arztpraxen längst von Großkonzernen aufgekauft. Einziger Unterschied: Die Patienten bekommen es meist nicht mit.

DW: Woran erkennt man einen guten Tierarzt?

J.Z.: Patientenbesitzer, die selbst denken, Zweifel anmelden und hinterfragen, sind nicht erwünscht. weil sie den Praxisablauf stören. Ein guter Tierarzt sollte Verständnis haben, auf jeden Fall den Willen des Tierhalters respektieren, keine Symptombekämpfung betreiben, sondern den Ursachen auf den Grund gehen und alternative Heilmethoden anbieten.

DW: Was halten Sie von Ihrem Tierarztkollegen Lothar Wieler, Chef des RKI?

J.Z.: Eigentlich wäre er kompetent für den Job, den er ausübt. Nur leider ist er wie Lauterbach, Spahn und viele andere auch nur ein Lobbyist, eine Marionette der Pharmaindustrie.

DW: Wie denken Sie über die Corona-Pandemie?

D.S.: Ich war von Beginn an auf der Seite von Bhakdi, Vanden Bossche und anderen international anerkannten Wissenschaftlern, die aufs Übelste *geframed* wurden. Jeder, der sich mit der Materie auskennt, weiß, dass sie recht haben. Der Staat hat seine Glaubwürdigkeit verspielt. Unsere Gesellschaft wird gezielt zerstört durch Leute wie Lauterbach. Ich halte es mit den Worten eines Hamburger Hafenarbeiters: »Alle in 'n Knast! Und morgens und abends 'n paar in die Schnauze.«

J.Z.: Auch ich habe mich vom ersten Tag an gefragt: »Liebe Politiker, seid ihr alle noch ganz dicht?« Ich habe denen kein einziges Wort geglaubt.

Frau Ziegler, Herr Schrader, wir danken Ihnen für das Gespräch.



Veterinärmedizinerin und Buchautorin Jutta Ziegler: »Ein Großteil der Tierärzte schädigt unsere Haustiere, macht sie systematisch krank.«



Veterinärmediziner und Buchautor Dirk Schrader: »Die meisten Tierärzte sind in erster Linie Verkaufsagenten der Pharmaindustrie.« | *Menschenfotos: pivat. Hundefoto: Kirstin Müller.*

Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher *People*-Journalist.

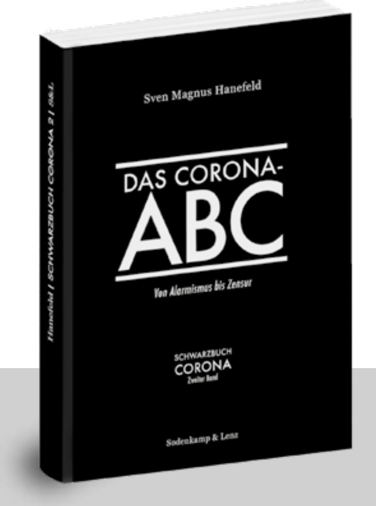


DIE ENZYKLOPÄDIE DES WIDERSTANDS

Das »Corona-ABC« von Sven Magnus Hanefeld ist soeben im Verlagshaus Sodenkamp & Lenz erschienen.

In 161 Begriffen und mit 26 Personenbeschreibungen legt Sven Magnus Hanefeld in seinem Wörterbuch »von Alarmismus bis Zensur« den bislang klarsten Überblick über den Corona-Komplex vor. Das ultimative Nachschlagewerk, das die Ereignisse und Verbrechen von über zwei Jahren festhält, Begriffe klärt und Verantwortliche benennt. Im Folgenden drei Einblicke.

Epidemische Lage von nationaler Tragweite: Am 25. März 2020 beschloss der deutsche Bundestag ein Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer Epidemischen Lage nationaler Tragweite. Zuvor hatte die WHO eine gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite ausgerufen. Das Gesetz wurde mehrfach geändert und ausgeweitet. So wurden am 18. November 2020 im Dritten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer Epidemischen Lage von nationaler Tragweite in Paragraph 28a besondere Maßnahmen direkt ins Infektionsschutzgesetz (IfSG) geschrieben. Am 21. April 2021 wurde das Vierte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite beschlossen und mit Paragraph 28b IfSG eine sogenannte Bundesnotbremse implementiert. Mit den Beschlussfassungen gingen jeweils massive Grundrechtseinschränkungen einher. Die Epidemische Lage von nationaler Tragweite lief auf Betreiben der neuen Bundesregierung zum 25. November 2022 aus, jedoch blieben die Grundrechtseinschränkungen bestehen. Kritiker sprechen von Notstandsgesetzen ohne Notstand.



Sven Magnus-Hanefeld

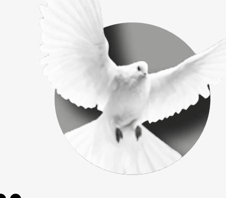
»Das Corona-ABC. Von Alarmismus bis Zensur« Reihe Schwarzbuch Corona, zweiter Band.

S & L, Berlin, September 2022, 276 Seiten, 25 Euro. Bestellbar im Buchhandel und verlagsseitig direkt via sodenkamplenz.de

***Superspreader* (dt. Superverbreiter):** Menschen, die aufgrund einer Infektion eine ungewöhnlich hohe Zahl anderer Menschen mit einem bakteriellen oder viralen Krankheitserreger anstecken. Sogenannte *Superspreader* können beispielsweise Flugbegleiter sein, die sich bei einem infizierten Passagier angesteckt haben und den Krankheitserreger an andere Fluggäste weitergeben. Auch Menschen, die keine Maske tragen, Abstandsregeln missachten oder in Innenräumen laut reden oder singen, sollen nach Auffassung der Regierung ein erhöhtes Ansteckungsrisiko darstellen. Entscheidend für den Ansteckungsgrad ist die Reproduktionszahl, auch R-Wert genannt. Der Begriff *Superspreader* wurde propagandistisch eingesetzt, um die Gefährlichkeit jedes Menschen als hoch darzustellen.

Zoonose: Eine Infektionskrankheit, die von Tier zu Mensch und von Mensch zu Tier übertragbar ist. Im Fall des Coronavirus wurde behauptet, dass der Erreger Ende 2019 wahlweise von einer Fledermaus oder von einem Gürteltier auf den Menschen übergesprungen sei. Laut Dr. Wolfgang Wodarg diente die Zoonose-Hypothese der Verschleierung, dass der Virus aus einem Labor entwichen sein könnte. Auch könne dem Virus durch Zoonose eine erhöhte Pathogenität unterstellt werden, da der Erreger für den Menschen so vermeintlich neu sei. Zoonose sei ein überflüssiger Kampfbegriff geworden.

»Das Corona-ABC – Von Alarmismus bis Zensur« von Sven Magnus Hanefeld, mit einem Nachwort von Beate Bahner, ISBN: 978-3-9822745-6-0, 276 Seiten. Vorzugsweise im konzernunabhängigen Buchhandel an jeder Ecke oder via sodenkamplenz.de für 25 Euro inklusiv deutschlandweitem Versand.



ERLÖSE UNS VON DEM BÖSEN!

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von S.U.I.

Viele Menschen stellen nicht nur die Existenz Gottes und seines auferstandenen Sohnes Jesus Christus in Frage, sondern auch die Existenz Satans.

Doch wer nicht mit der Macht des Bösen rechnet – sei es als Person oder als systemisches Prinzip (die Bibel kennt beide Ebenen), lebt schutzlos. Diese Naivität trägt schlimme Früchte. Aussagen – leider auch von Christen – wie: »Wir wollen den Experten und Politikern vertrauen!«, oder »Wer will denn schon der Menschheit so was Böses antun?,« oder »Es kann nicht sein, dass sich so viele Menschen irren«, zeugen von dieser rosaroten Weltdeutung. Das »spirituelle Immunsystem« versagt, wenn wir weder Orientierung beim lebendigen Gott suchen, noch mit der Realität einer bösen Macht rechnen und somit ihre vielfältigen Erscheinungsformen (Täuschung, geheime Kooperationen, struktureller Raub, getarnter Mord ...) verkennen.

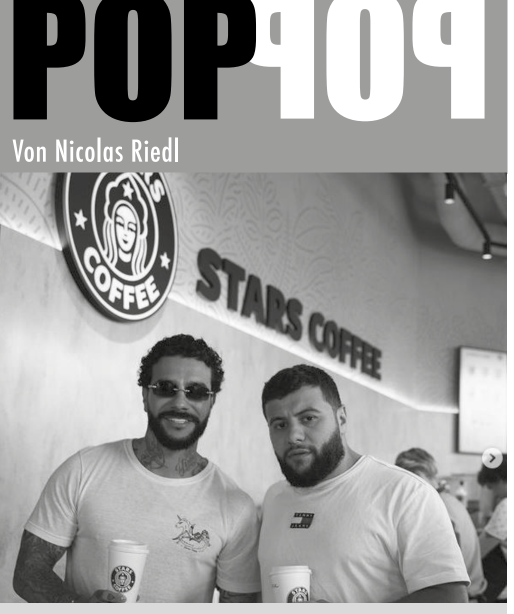
Von den ersten Seiten der Bibel (1.Mose) bis zu den letzten (Offenbarung) lesen wir von Satan, dem »Vater der Lüge«, der versucht, die Menschen zu verführen und sie im Namen einer falsch verstandenen Freiheit zur Rebellion gegen Gott aufstachelt. Im Namen einer falschen Mündigkeit lockt der Böse in Abhängigkeiten, Tyrannei oder Selbstzerstörung hinein. Auch die verlogene Umdeutung von guten Werten wie Sicherheit, Solidarität, Nächstenliebe gehören zum Handwerkszeug des Lügners. Wer aber weder den Schöpfer-Gott ernst nimmt noch die Existenz des Bösen, dem wird es schwerer fallen, im Chaos klare Sicht zu bewahren.

Die Bibel fordert uns auf, »nüchtern und wachsam« zu sein, denn »euer Widersacher, der Teufel, geht umher wie ein brüllender Löwe und sucht, wen er verschlinge« (1 Petrus 5,8). Wir sollen die »Geister prüfen« und Jesus warnt uns vor »Verführung«. Gottes Ordnungen sind wie ein Licht, das Böses entlarvt. Und wir dürfen Christus um Hilfe bitten, der am Kreuz Satan entrechtet hat (noch nicht entmachtet): »Und führe uns nicht in Versuchung, sondern erlöse uns von dem Bösen.« (Matthäus 6,13)

Die Autorin ist der Redaktion bekannt. Die Veröffentlichung ihres Namens würde ihre berufliche Existenz gefährden.

POP POP

Von Nicolas Riedl



»Die Bucks sind weg, die Sterne bleiben«. Rapper Timati ist Miteigentümer von »Stars Coffee«. Bild: Instagram_timatiofficial

STARS COFFEE STATT STARBUCKS

Im Mai zog sich die Café-Kette Starbucks aus Russland zurück und hinterließ dort 150 Filialen. Der Gastronom Anton Pinski sah hier seine große Chance gekommen. Er kaufte prompt sämtliche Filialen auf und benannte sie mit fast deckungsgleichem *Corporate-Design* zu »Stars Coffee« um. Miteigentümer ist niemand geringeres als der russische Rapper Timati, bürgerlich Timur Junussow. Die beiden Eigentümer versprachen, nach der Übernahme nicht mit den Preisen hochzugehen. Die Zutaten würde man nun aus Russland oder aus Afrika sowie Lateinamerika beziehen.



Roger Waters setzte vor Tausenden live anwesenden Menschen ein Zeichen für Julian Assange. Bild: Telegram

SPOTLIGHT FÜR JULIAN ASSANGE

Dass sich Roger Waters für den Investigativjournalist Julian Assange einsetzt, ist nicht neu (siehe DW 103). Ende August ließ der Pink-Floyd-Sänger bei einem Großkonzert im New Yorker Madison Square Garden die großen Letter »Julian Assange« erscheinen.

LIEBER TOURABSAGEN ALS SPRITZEN

Die Gen-Spritze ist für die französische Sängerin Zaz keine Option. So sah sie sich gezwungen, ihre Tour abzusagen: »Ich kann nicht ich sein, nicht singen, was ich singe, wenn ich mache, was mein Körper, mein Herz und meine Seele ablehnen. Ich habe mich entschieden, mich nicht impfen zu lassen.«

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Die Queen.
Elisabeth II -
Porträt einer Königin
Paola Calvetti
Piper
978-3-492-07025-6



Was jetzt auf dem Spiel steht.
Mein Aufruf für
Frieden und Freiheit
Michail Gorbatschow
Siedler
978-3-8275-0128-8



Freiheit oder Untergang.
Warum Deutschland jetzt
vor der Entscheidung steht
Markus Krall
LMV
978-3-7844-3578-7



Machtbeben.
Die Welt vor der größten
Wirtschaftskrise aller Zeiten
Dirk Müller
Heyne
978-3-453-60521-3



Der größte Crash aller Zeiten.
Wirtschaft, Politik, Gesellschaft.
Wie Sie jetzt noch Ihr
Geld schützen können
Marc Friedrich, Matthias Weik
978-3-8479-0669-8



Kryptopia.
Überzeugen statt manipulieren

Philipp Mattheis, Milosz Matuschek
Nicolai Publishing
& Intelligence GmbH
978-3-96476-019-7



Die Propaganda-Matrix.
Der Kampf um freie Medien
entscheidet über unsere Zukunft
Michael Meyen
Rubikon
978-3-96789-020-4

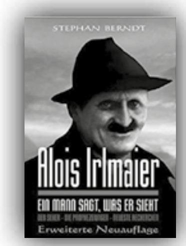


Das Post-Vakzin-Syndrom.
Handbuch für Geschädigte
der Corona-Impfung
Florian Schilling
tredition
978-3-347-54460-4



Heilung Nebensache.
Eine kritische Geschichte der
europäischen Medizin von
Hippokrates bis Corona

Gerd Reuther
riva
978-3-7423-1776-6



Alois Irlmaier.
Ein Mann sagt, was er sieht

Stephan Berndt
Reichel Verlag
978-3-941435-01-8

FULL SPECTRUM DOMINANCE

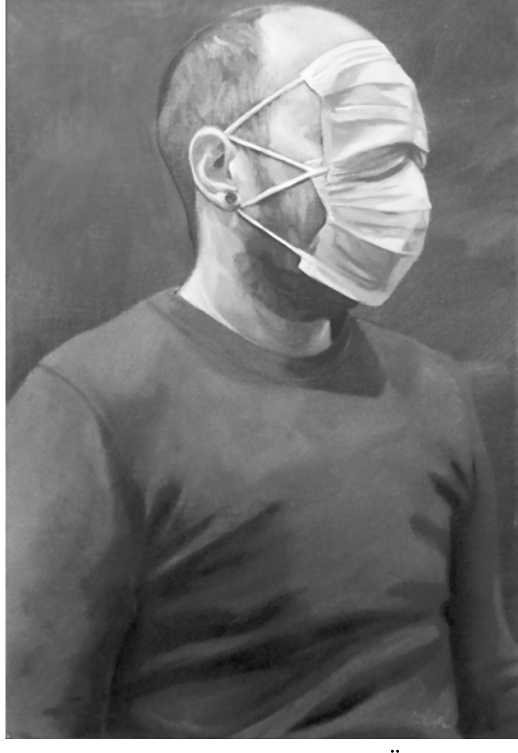
Von Hendrik Sodenkamp

Dem Versagen weiter Teile der Kulturszene setzen Künstler eine Ausstellung mit Konzerten entgegen.

In dieser Woche lief die sogenannte »Berlin Art Week« ab. Muss kein Wort verlieren: Die Corona-Lüge wurde ausgeblendet, die eigene Unterdrückung schöngelogen, die Spritzentoten tauchten nicht auf. Doch die Demokratiebewegung kann alles, auch Kunst, und wird sich durchsetzen!

Für den 23. und 24. September wird von demokratischen Künstlerinnen und Künstlern eine »Internationale Ausstellung für Freiheit« dargeboten: In den Sälen der angesehenen Musikbrauerei, Greifswalder Straße, Berlin, je 16 bis 2 Uhr. Getarnt wird die echte Kunst als »Berlin Art Weekend«. Unter den Künstlern sind die Maler Clement Loisel und Maitri Katharina Emilia Patzak. Ebenso die DW-Fotografen Hannes Henkelmann und Sandra Dornbos, unser Chef vom Dienst Burak Erbasi und eine der relevanten Künstlerinnen Westberlins, Jill Sandjaja.

Das Finale ebenda: Die Buchpremiere des großen Corona-ABCs am Samstag, 24. September 2022, 18.00 Uhr. Autor Sven Magnus Hanefeld wird aus Bremen anreisen und sein neues Werk im Sodenkamp & Lenz Verlagshaus vorstellen (siehe Seite 14). Dazu Konzerte aus der Demokratiebewegung: Boris Steinberg, Marie Chain, Lui Koray, Bustek und Twanie von den Rapbellions, Virgile Segale, Orma, Bettina aus Berlin, Parallel Processing und mehr. Die europaweit bekannten *Discjockeys* Captain Future und Antigen werden die Abende bespielen. Es kann offen maskenfrei getanzt werden, bevor das neue verfassungsbrüchige »Infektionsschutzgesetz« greift, um Kultur und Leben abzutöten.



Clement Loisel: »LOCKED DOWN«, Öl auf Leinwand, 40x60 cm, 2020.
Foto: DW/Hendrik Sodenkamp

»Berlin Art Weekend«, 23.-24. September 2022, je 16 bis 2 Uhr, Greifswalder Straße 23a, 10405 Berlin. Tusch! Eintritt frei.

SPORT MIT BERTHOLD

WAS GESCHAH MIT ĐOKOVIĆ UND MÜLLER?

Der Tennisprofi Novak Đoković scheint sich achtbar zu halten bei seiner Ablehnung der Spritzen im Sport.

Die Nummer Eins der Tennisweltrangliste wehrt sich teils erfolgreich gegen Segregation, Verfolgung und Verleumdung. Trotzdem gibts auch Zweifel am serbischen Weltspitzensportler. Wenn man sich seine Sponsorenliste anschaut, könnte er verstrickt sein. Achtbar war auch die Initiative des Fußballprofis Thomas Müller. Seine Statistikzentrale für die vielen Nebenwirkungen und Todesfälle unter mit den giftigen Injektionen traktierten Sportlern begann professionell – mit Medizinern und Statistikern. Doch jäh wurde es still um die Sache.

Ich meine: Man muss auch immer den Verein als Arbeitgeber betrachten. Ich halte es für möglich, dass das Projekt in Gang gebsetzt wurde, um dem Widerstand in der Bundesliga den »Wind aus den Segeln zu nehmen«, nach dem Motto: »Der blitzgescheite Thomas vom großen FC Bayern kümmert sich darum, wir müssen nicht aktiv werden.«

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»ES GEHÖRT OFT MEHR MUT DAZU, SEINE MEINUNG ZU ÄNDERN, ALS IHR TREU ZU BLEIBEN.« FRIEDRICH HEBBEL

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 105. Ausgabe ab Samstag, 17. September 2022. | Redaktionsschluss war am 15. September | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT: QNTODEB2XXX**.

Chefredakteur: Anselm Lenz. **Stellv. Chefredakteur:** Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi. **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa. **Ressortleitung Naturwissenschaft:** Markus Fiedler. **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel. **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Hannes Henkelmann, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Luca Wagner, Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 106 erscheint am 1. Oktober 2022.